



Arbeiterzeitung

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Arbeiterzeitung“ erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Publikations-Organ der gemäßigten und demokratischen Organisationen und amtliches Organ vordemokratischer Verbände. Geschäftsleitung: Dr. Wäckerle, 6. Bernauer-Platz, Halle. Telefon 2465, 2467, 2505. Verlags- und Druckerei: Verlagsanstalt „Arbeiterzeitung“ mit 15 bis 14 Uhr. — Invertiert eingelebten Konsumtoren ist Reiz des Adressen beizulegen.

Bezugspreis monatlich 1.80 und 0.30 RM. Subskriptionsgebühr, einschließlich 2.10 RM. für Abnahme monatlich 0.45 RM. Vorbezugpreis 2.10 RM. durch Vorbezug 2.10 RM. bei direkter Einzahlung an den Verlag 2.40 RM. — Einzelpreis 15 Pf. im Einzelnen und 80 Pf. im Restanteil der Abnehmer. Hauptgeschäftsstelle: Dr. Wäckerle, 6. Bernauer-Platz, Halle. Telefon 2465, 2467, 2505. Postfach 2319, Halle.

Wirtschaftskatastrophe immer noch eine Folge des Krieges, SPD. hat nichts damit zu tun — aber Hitler bringt Not und Elend!

Das wahre Ergebnis der nationalsozialistischen Hege

Polen wachende Not — Krochdem Zollkrieg

Polen wachende Not — Krochdem Zollkrieg. Die Not ist kein Zufall, sondern die Folge des Krieges. Die nationalsozialistische Hege hat nichts damit zu tun. Die Not ist die Folge des Krieges, der die Wirtschaft zerstört hat. Die nationalsozialistische Hege hat nichts damit zu tun. Die Not ist die Folge des Krieges, der die Wirtschaft zerstört hat. Die nationalsozialistische Hege hat nichts damit zu tun.

Die Nazis haben den Wahlkampf hauptsächlich mit der Parole geführt „Hitler gibt euch Arbeit!“. Das Gegenteil ist richtig! Für zwei Reichstage sind die letzten Tage: Eine Arbeiterzeitung hatte den Auftrag, für Schweden einen großen Walfänger zu bauen. 500 Arbeiter hätten den Walfänger lang beschiffung gehabt. Der Walfänger wird aber in Kiel nicht gebaut. Der Auftrag ist zu teuer geworden worden, weil, wie der Auftraggeber mitteilt, das Ausland infolge des Walfangstoppes mit Schiffen rechnet. Der Walfänger wird jetzt in Göteborg hergestellt. Die gleiche Werft hatte auch von Holland beträchtliche Aufträge erhalten. Auch dieser Auftraggeber teilte mit, daß der Auftrag von Kiel zurückgezogen werden müsse, weil Holland mit seiner Wirtschaftskrise sich von dem Walfangstopp der Nationalsozialisten nichts Gutes versprechen könne. So steht die „Arbeitsbeschaffung“ durch Hitler, die Beseitigung der Not durch diese Schmarotzerei aus. Statt Arbeit und Brot schafft allein die Existenz dieses Schwäfers neues Elend und neue Not!

Kiel, 30. April. (Eigenbericht.) Die Nazis haben den Wahlkampf hauptsächlich mit der Parole geführt „Hitler gibt euch Arbeit!“. Das Gegenteil ist richtig! Für zwei Reichstage sind die letzten Tage: Eine Arbeiterzeitung hatte den Auftrag, für Schweden einen großen Walfänger zu bauen. 500 Arbeiter hätten den Walfänger lang beschiffung gehabt. Der Walfänger wird aber in Kiel nicht gebaut. Der Auftrag ist zu teuer geworden worden, weil, wie der Auftraggeber mitteilt, das Ausland infolge des Walfangstoppes mit Schiffen rechnet. Der Walfänger wird jetzt in Göteborg hergestellt. Die gleiche Werft hatte auch von Holland beträchtliche Aufträge erhalten. Auch dieser Auftraggeber teilte mit, daß der Auftrag von Kiel zurückgezogen werden müsse, weil Holland mit seiner Wirtschaftskrise sich von dem Walfangstopp der Nationalsozialisten nichts Gutes versprechen könne. So steht die „Arbeitsbeschaffung“ durch Hitler, die Beseitigung der Not durch diese Schmarotzerei aus. Statt Arbeit und Brot schafft allein die Existenz dieses Schwäfers neues Elend und neue Not!

Keine Nazi-Diktatur in Bayern

Die Bayerische Volkspartei scharf gegen die Nationalsozialisten

München, 30. April. (Eigenbericht.) In Bayern haben die Koalitionsverhandlungen zur Regierungsbildung noch nicht begonnen, obwohl die Nazis in aller Öffentlichkeit einem unbefangenen Drange nach der bayerischen Politik frönen und sich alle Mühe geben, mit der Bayerischen Volkspartei ins Gespräch zu kommen. Die erste Klärung verlor sich nun der „Regensburger Anzeiger“, der sich im Familienbeiz des Ministerpräsidenten Dr. Held befindet und in besonderen Fällen immer als Beobachter in der bayerischen Politik benutzt wird. Ein maßgebender Politiker der Bayerischen Volkspartei verurteilt in dem Blatt einen bemerkenswerten Artikel über den „Grundcharakter, Inhalt und Aufgaben der zukünftigen bayerischen Staatspolitik“, in dem es heißt: „Die Wähler, die sich am 24. April um das Banner der Bayerischen Volkspartei geschart haben, taten das in der Erwartung, daß Bayern, wie auch die politischen Verhältnisse in anderen Teilen des Reiches sich gestalten mögen, ein Land der Ruhe, der Ordnung und der absoluten Beschäftigung und somit ein Staat der politischen Verantwortlichkeit bleibt. Diese Voraussetzung für eine Politik, die sich vor eine solche Aufgabe stellt, ist in der absoluten Gemäßhaltung streng verfassungsmäßiger Regierungsweisen zu erblicken. Hierbei handelt es sich weniger darum, daß dem formalen unterer Verfassung Genüge geleistet wird, sondern daß die Grundprinzipien der Verfassung und damit die durch sie garantierten Grund- und Freiheitsrechte des Volkes, die nur durch eine Revolution beseitigt werden können, unter allen Umständen geschützt und gewahrt werden.“

kein Zweifel darüber bestehen, in welches Lager Bayern gehört. Die Sicherung der demokratischen Grundprinzipien in Bayern ist die Voraussetzung einer friedlichen Staatspolitik, die für die Erhaltung und den erfolgreichen neuen Aufbau eines bayerischen Staatswesens eintritt. Dieser Grundgedanke ist gemäßigtem Bayern eigenständig und gilt unbeeinträchtigt von der Entwicklung im übrigen Deutschland. Es ist für die künftige Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse in Preußen für ganz Deutschland werden kann, so wäre es doch ein großer Trugschluss, wollte man meinen, Bayern müßte sich unbedingt dem preußischen Vorbild anschließen und unter allen Umständen nachmachen, was in Preußen geschieht. Wir stellen uns vielmehr die bayerische Politik in der nächsten Zeit besonders selbständig und möglichst unabhängig von anderen Einwirkungen im Reich vor.“

Lagung des Zentrums.

Entschärfungen über Verhandlungen in den Ländern der Reichsleitung vorbehalten.

Der geschäftsführende Vorstand der Zentrumspartei, der am Sonnabend in Berlin tagte, veröffentlicht folgende Erklärung: „Der geschäftsführende Vorstand der Deutschen Zentrumspartei hat am Sonnabend unter dem Vorsitz des Präsidenten Kaas in der Tagung eine mehrstündige Sitzung abgehalten, die vollständig befriedigt war. Zur Erörterung standen die sachlichen Fragen, die die deutsche Politik in der nächsten Zeit zu bewältigen hat, vor allem die außenpolitischen Ziele, Stärkung der Binnenwirtschaft, die Fragen der Arbeitsbeschaffung, der Seidlung und des freiwilligen Arbeitsdienstes. In der Lösung dieser sachlichen Aufgaben sieht die Zentrumspartei allein die Gewähr für eine Überwindung der wirtschaftlichen Krise und für einen außenpolitischen Erfolg, der die Freiheit und volle Gleichberechtigung des deutschen Volkes in sich schließen muß.“

Dem Reichstanzler, der für kurze Zeit der Sitzung beizumohnte, wurde der Dank für seine tatkräftige Vertretung des deutschen Reichstagespunktes in Genf zum Ausdruck gebracht.

In einer Nachprüfung der Ergebnisse der Wahlen in Bayern wurde mit großer Genugtuung festgestellt, daß die Zentrumspartei allein die Gewähr für eine Überwindung der wirtschaftlichen Krise und für einen außenpolitischen Erfolg, der die Freiheit und volle Gleichberechtigung des deutschen Volkes in sich schließen muß.“

Dem Reichstanzler, der für kurze Zeit der Sitzung beizumohnte, wurde der Dank für seine tatkräftige Vertretung des deutschen Reichstagespunktes in Genf zum Ausdruck gebracht.

In einer Nachprüfung der Ergebnisse der Wahlen in Bayern wurde mit großer Genugtuung festgestellt, daß die Zentrumspartei allein die Gewähr für eine Überwindung der wirtschaftlichen Krise und für einen außenpolitischen Erfolg, der die Freiheit und volle Gleichberechtigung des deutschen Volkes in sich schließen muß.“

Dem Reichstanzler, der für kurze Zeit der Sitzung beizumohnte, wurde der Dank für seine tatkräftige Vertretung des deutschen Reichstagespunktes in Genf zum Ausdruck gebracht.

In einer Nachprüfung der Ergebnisse der Wahlen in Bayern wurde mit großer Genugtuung festgestellt, daß die Zentrumspartei allein die Gewähr für eine Überwindung der wirtschaftlichen Krise und für einen außenpolitischen Erfolg, der die Freiheit und volle Gleichberechtigung des deutschen Volkes in sich schließen muß.“

Dem Reichstanzler, der für kurze Zeit der Sitzung beizumohnte, wurde der Dank für seine tatkräftige Vertretung des deutschen Reichstagespunktes in Genf zum Ausdruck gebracht.

In einer Nachprüfung der Ergebnisse der Wahlen in Bayern wurde mit großer Genugtuung festgestellt, daß die Zentrumspartei allein die Gewähr für eine Überwindung der wirtschaftlichen Krise und für einen außenpolitischen Erfolg, der die Freiheit und volle Gleichberechtigung des deutschen Volkes in sich schließen muß.“

Dem Reichstanzler, der für kurze Zeit der Sitzung beizumohnte, wurde der Dank für seine tatkräftige Vertretung des deutschen Reichstagespunktes in Genf zum Ausdruck gebracht.

Arbeitsprogramm des Reichskabinetts.

Auflegung einer Präzisionsliste für Arbeitsbeschaffung.

Nach der Auflegung des Arbeitsprogramms werden Anfang dieser Woche die durch die Center-Verträge unterbreiteten Vorschläge des Reichskabinetts über eine Reihe wichtiger Finanz- und wirtschaftspolitischer Fragen fortgesetzt. Die ersten drei Tage der Woche werden die Haushaltsfragen gemeldet sein. Im Mittelpunkt der Kabinettsberatungen wird ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm stehen, das von den zuständigen Ressorts in der Zufolgezeitung Kabinettsrat gemacht worden ist. Um die für die Durchführung der Pläne erforderlichen Mittel herbeizuschaffen, ist die

Auflegung einer großen Präzisionsliste

geplant, die ähnlich wie die Reichsfinanzliste mit besonderen Vorzügen ausgestattet werden soll. Der Vorschlag soll nach den bisherigen Wünschen im wesentlichen in einer möglichst weitgehenden Steuerbefreiung liegen.

Polen wachende Not — Krochdem Zollkrieg

Polen wachende Not — Krochdem Zollkrieg. Die Not ist kein Zufall, sondern die Folge des Krieges. Die nationalsozialistische Hege hat nichts damit zu tun. Die Not ist die Folge des Krieges, der die Wirtschaft zerstört hat. Die nationalsozialistische Hege hat nichts damit zu tun. Die Not ist die Folge des Krieges, der die Wirtschaft zerstört hat. Die nationalsozialistische Hege hat nichts damit zu tun.

Zusätze aus der zeitlichen Situation dieses Landes sehen die politische Regierung und ihre Verantwortlichen in Schützstellen, in der wirtschaftlichen Selbstgenügsamkeit und in der Zusammenfassung der Wirtschaftskräfte in einen Wirtschaftskreis.

Der Gedanke der Autarkie liegt heute gemäßigten in der Luft, aber in Polen wird er noch besonders betont, und zwar gegenüber Deutschland. Schon der Juli-Wahlkampf in Deutschland gab politischen Wirtschaftskräften die willkommene Veranlassung, die geringere internationale Verbindung Polens, die Stabilität des Jato und die erlangte wirtschaftliche Unabhängigkeit zu betonen. Der dauernde Zollkrieg mit Deutschland, neuerdings auch der Protektionismus in England, der den Agrarexport Polens bedroht, haben den autarkischen Strömungen in Polen neue Nahrung. Mit Vorliebe wird hierbei auch der vorwiegend agrarische Charakter des Landes betont. Es ist nun einmal an der Tatsache nichts zu ändern, daß Polen zwischen Deutschland und Rußland liegt — und das bestimmt nicht nur seine politische, sondern auch seine handelspolitische Lage.

Trotz des nun jahrelangen Zollkrieges betrug der Anteil Deutschlands an dem gesamten Außenhandel Polens noch bis zuletzt rund 25 Proz. Infolge der politischen Lage hat das deutsche Kapital an dem gesamten in Polen investierten Auslandskapital. Wenn daher auf der Reichsminister Konferenz der Präsident der Industrie- und Handelskammern, Handelsminister a. D. Klamer forderte, Polen müsse aus der Lücke des Zollkrieges mit Deutschland die Konsequenzen ziehen und außerdeutsche Exportgebiete suchen, so bedeutet dies das Drängen auf einen künftigen Weg. Im Verlauf der letzten Jahre hat Polen nichts anderes getan, als „außerdeutsche Exportgebiete“ gesucht. Mit welchem Erfolg, haben wir bereits festgestellt. Der deutsche Wirtschaftswort ist für Polen um so wichtiger, als es, trotz allen Anstrengungen, zu keinen besseren Beziehungen mit Sowjet-Rußland kommt. Aus dem „Nicht-Angriffspakt“ hat der polnische Gesandte in Moskau, Bofel, so wenig berichtet, ist bislang nichts geworden; dieser Paß sollte auch die Vorbedingung für einen polnisch-russischen Handelsvertrag abgeben.

Zwischenzeitlich ruiniert das russische Goldbumping das polnische Goldgeld; und ebenso geht Polen das alte Zielgebiet für seine Textilindustrie dauernd verloren, weil die Sowjetregierung lieber ihre Bürger in Lumpen laufen läßt, als daß sie auf ihren Industrieller-Verkauf verzichtet oder ihn mäßigt.

Diese Beispiele zeigen anschaulich den Zusammenhang der Wirtschaftskrisen mit der Politik.



Linksrecht in Frankreich

Das bisherige Ergebnis der französischen Parlamentswahlen

In ganz Frankreich, Algerien und einigen Kolonien fanden am Sonntag die Neuwahlen zur Kammer statt. Die Wahlen von vier weiteren Kolonialgebieten finden in 8 bis 14 Tagen statt. Die bisherigen Ergebnisse zeigen einen starken Aufschwung links.

Die Wahlbeteiligung war bedeutend stärker als bei früheren Wahlen. Der größte Teil der Wähler stimmte bereits in den Vormittagsstunden ab, so daß sich vor den Wahllokalen teilweise lange Schlangen bildeten. Die Wahl ist überall ohne ernste Zwischenfälle verlaufen. In den Höfen verschiedener Pariser Rathhäuser und Schulen waren Truppen und Luftkraftwagen in Bereitschaft, die aber nicht eingesetzt werden konnten. Nur in drei Pariser Vororten ereigneten sich während der Wahl unbedeutende Schlägereien. In dem Vorort La Garenne kam es vor Beginn der Wahlhandlung zu einem heftigen Streit zwischen gegnerischen Wahlagenten, die in letzter Stunde neue Plakate aufklebten. Der

eine der beiden Gegner zog plötzlich einen Revolver und brachte dem anderen einen gefährlichen Schuß ins Bein. Der Schuß wurde verfehlt. Bei der Vernehmung des Wahlergebnisses kam es im Festsaal des Rathauses von Coubertville zu Kundgebungen. Einer der Kandidaten wollte eine Rede halten, wurde daran aber von der Polizei gehindert, die den Saal räumen ließ. Zwei Verhaftungen wurden vorgenommen. Im Norden von Paris ereigneten sich nach der Bekanntgabe der Wahlergebnisse einige Zusammenstöße. Die Polizei konnte schnell die Ordnung wieder herstellen. Acht Personen wurden verhaftet, drei Polizeibeamte erlitten leichte Verletzungen.

Um 4 Uhr morgens waren 560 von 611 Wahlergebnisse bekannt. Davon sind 226 endgültig. Es müssen also 334 Stichwahlen stattfinden. Die Wahl im ersten Wahlgang gewählten Abgeordneten ist bedeutend größer als bei den

vorigen Wahlen. Damals wurden 178 Abgeordnete bestimmt. Die bisher bekannten Wahlergebnisse zeigen eine starke Verschiebung nach links. Die Sozialisten und Radikalen haben zahlreiche neue Siege erobert, während die Rechtsparteien verlieren. Die Kommunisten haben fast überall Stimmen eingeholt.

Die 226 Abgeordneten verteilen sich wie folgt: Konföderative 0 (1928: 7), Republikanische Föderation (Marin) 39 (69), Linkrepublikaner (Lardieu) 33 (47), Unabhängige Linke 3, Katholische Demokraten 8 (7), Unabhängige Radikale 22 (13), Radikale 60 (16), Sozialistische Republikaner 9 (5), Sozialisten 31 (14), Sozialistische Kommunisten 1 (0), Kommunisten 1 (0), Autonoministen 1 (0), Unabhängige 12.

Von bekannten Persönlichkeiten sind im ersten Wahlgang gewählt die Sozialisten Kammerpräsident Souffron, Leon Blum, Renaudel, Vincent Auriol; ferner die Radikalen Serriot, Chaumont, Saladiers, Malby; der sozialistische Republikaner Painlevé sowie Marin und die Linkrepublikaner Ministerpräsident Lardieu, Flanin. Sämtliche Minister des Kabinetts sind wiedergewählt, ebenso vier Unterstaatssekretäre, die übrigen vier Unterstaatssekretäre kommen in die Stichwahl. (Schlagung ist der Generalsekretär der Sozialistischen Partei Saul Faure, dessen Vize-Chef von einem „nationalen“ Kandidaten erobert wurde. Diese Wiederwahl war erwartet worden, da der

Kanonikerfabrikant Schneider einen starken Druck auf die Arbeiterschaft ausübte und mit Massenentlassungen gedroht

hatte, wenn Paul Faure wiedergewählt werden würde. Der Sozialist Grumbach erzielte in Mühlhausen über 8000 Stimmen gegen den autonoministischen Kandidaten der nur 4700 Stimmen bekam. Grumbach kommt in die Stichwahl.

Mord- und Prügelstrups im Felsenack

Wie die Nationalsozialisten vorgingen / Alles wohl vorbereitet

Im weiteren Verlauf des Berliner Felsenack-Prozesses kam es zu mancherlei interessanten Feststellungen. Die Vernehmung des angeklagten Nationalsozialisten Großfisch auf schwebende Anhaltspunkte für die technische Durchorganisation der nationalsozialistischen Mord- und Prügelstrups.

Großfisch botte sich auf sein Motorrad gesetzt und war zu dem „Kriegsplan“ bereit, allerdings „rein zufällig“, wie er mit treuerbeimigen Ausenankunft verfuhr. Zwei maßgebendste in jedoch, daß der Angeklagte ein Mitarbeiter zur Ausübung des Generals gewesen ist. Um fribgen belastet Großfisch seinen Komplexen Willen, vielmehr als nach dafür, daß dieser „geistes-tamäner“ Gehörtheit des „Dritten Reiches“ mancherlei Unlösungen ausgeplant hat. Nach Großfisch Angaben hat Willhöf dem ermordeten Steinte auser ein Bein gestellt, so daß das Opfer zu Boden fiel. Dann fielen die Nazis gemeinsam über den Unglücklichen hergefallen.

Großfisch ist der letzte der angeklagten Nationalsozialisten. Nach ihm beginnt die Vernehmung der kommunistischen Angeklagten. Zwei felsenacker Kolonisten, die gefoltert haben und von der Polizei mit Waffen betroffen worden sind, behaupten, in Rotweh-geheimnis zu haben. Der frühere Nationalsozialist Höpmann, heute Hämmer-Anhänger — die Herren Rotweh wuchsen sehr oft die politischen Plätze — gehörte jener Gruppe des „Antifaschistischen Kampfbundes“, an die sich in Ostende ein „Marmelade“ gegen die SA. Verarmelt hatte. Bürgerkriegsgebiet war bei beiden radikalen Gruppen ein beliebtes Gesellschaftsspiel. Höpmann wird von der Staatsanwaltschaft befragt, beim Tode des bei der Straßen-schlagung erstochenen Nationalsozialisten Schwarz eine Rolle gespielt zu haben.

Der Angeklagte behauptet indessen, zur Zeit der Märe Schwarz schon zu Hause gewesen zu sein und glaubt, das durch Zeugen be-weisen zu können.

Klagges verbietet Mairade

Das bringt Hitler's „Arbeiterpartei“ fertig

Brandenburg, 30. April. (Eigenbericht.) Dem zweijährigen Landtagsabgeordneten Kuttner, der hier am 1. Mai in zwei großen Protestkundgebungen sprechen sollte, wurde keine Redeerlaubnis erteilt. Die Erlaubnis wurde mit der Begründung verweigert, daß Kuttner die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährde.

Die Plakate für die Veranstaltungen, in denen als Thema: „Die Regierung Klagges und der 1. Mai“ angekündigt und Kuttner als Redner vorgesehen wurde, waren vom hiesigen Polizeipräsidenten bereits vor einigen Tagen genehmigt worden. Am Freitag teilte das Polizeipräsident, zweifellos auf Anordnung von Nazi-Klagges, mit, daß weder Kuttner reden noch über das angekündigte Thema gesprochen werden dürfe. Die Polizei wird das auf den bereits genehmigten Plakaten vorgedruckte Thema nunmehr übersehen lassen.

Sie fordern, damit sie sich drücken können

Nazis und die Regierungsbildung in Preußen

München, 30. April. (Eigenbericht.) An dem Münchener Reichstag fordert dessen Oberdeputierter als Mindestanforderung der Nazis für die Beteiligung an der preußischen Regierung die Befreiung des Ministerpräsidenten, des Innenministeriums, des Justizministeriums sowie die Posten des Polizeipräsidenten von Berlin und der meisten preußischen Großstädte.

Der preußische Reichsabgeordnete Rube erklärt, die Nationalsozialisten würden sich niemandem aufdrängen, sondern abwarten und die anderen an sie heranreten lassen. Sicher sei nur das eine: „Wir Nationalsozialisten haben alle Möglichkeiten, einen geplanten Geschäftsmittelministerium die Hülle heiß zu machen. Wir lehnen der Sozialdemokratie nichts. Unser Kampf geht bis zur Vernichtung dieser Partei mit allen Mitteln, die uns Verfassung und Geschäfts-ordnung geben, rücksichtslos weiter.“

Wort seines Amtes enthoben

Die thüringische Regierung hat den sozialdemokratischen Bürgermeister Worch anlässlich der Bolzierung in Bangewiesen nach der Auflösung der SA und SS durch die Reichsregierung seines Amtes enthoben. Angeblich hat sich Worch gegen eine Bestimmung der thüringischen Regierung ergangen, nach der unter keinen Umständen bei irgendeinen Verfassungsverstößen die Polizei zur Verfügung zu stellen ist. Worch habe in der Nacht nach der Auflösung der SA und SS zwei Staatsbeamte ermordet und mit der Ermordung des Rathauses beauftragt.

„Fürsorge“ der Zechenherren

Die Gewerkschaften der Bergarbeiter wehren sich

Essen, 30. April. (Eigenbericht.) Der Zechenverband hat die Lohnordnung für den Ruhrbezirk vom 31. Mai angekündigt. Der Verband erklärt, daß er als Ziel dieser Lohnordnung in Abwechslung von der bisherigen Lohnordnung die tarifliche Festlegung einer generellen Lohnherabsetzung, sondern eine Auflockerung des bestehenden Lohnsystems betrachte. Es gelte, auf den Schachtanlagen in gewissen Grenzen die Anpassung der Löhne an die besonderen Verhältnisse zu ermöglichen, was in anderen Industriezweigen seit längerem bereits der Fall sei. Die heutige starre Lohnordnung werde den vertriebenen gelagerten Beschäftigungsmöglichkeiten auf den einzelnen Schachtanlagen nicht gerecht, so daß eine Auflockerung gerade zur Aufrechterhaltung möglichst zahlreicher Arbeitsstellen dringend geboten erscheine.

Die Verhandlungen zwischen dem Zechenverband und den Gewerkschaften werden zusammen mit den Verhandlungen über Mantelarbeit und Urlaub noch vor Pfingsten stattfinden.

Die Grubenherren wollen alles mit der Auflockerung des bestehenden Lohnsystems angedeutet dem Bestimmungsgedanken einen Dienst erweisen und zugleich dem Arbeiter seine Arbeitsstelle sichern. Bis jetzt war aber, wie von den freien und von den christlichen Gewerkschaften festgestellt werden mußte, überall dort, wo man versuchte, den Tarifvertrag zu ignorieren und wo man nach freiem Ermessen die Löhne und Gehälter festsetzte, immer nur ein Streik nach einem möglichst tiefen Lohn festzusetzen. Die „Auflockerung“ der Tarife bedeutete stets in der Mehrzahl der Fälle nicht eine größere Gerechtigkeit in der Entlohnung, sondern umgekehrt: schlechter Entlohnung auch für die Ferber, die den Hoyer verdient hatten.

Die Siderung der Arbeitsstelle ist schon öfter von den Arbeitgebern versprochen worden. Sie wollten ja auch mit dem Lohnabbau die Arbeitslosigkeit eindämmen. Die Erfüllung ihres Versprechens bestand in einer Steigerung der Arbeitslosigkeit.

Preußen für 40-Stundenwoche

Das preussische Staatsministerium beschließt, in der Frage der 40-Stunden-Woche bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, damit sobald als möglich die geplante Verordnung über die Reduzierung der Arbeitszeit in Kraft tritt. Die preussische Regierungsbildung sehen am liebsten bei sehr wenig erfolgreichen Arbeiterkämpfen in der Verwirklichung eines Mittels, das übermühen eine fähigere Entlastung in der Arbeitslosigkeit schaffen kann.

Wie Japan räumen muß

Mitterbündenschießung im chinesisch-japanischen Konflikt

Genf, 30. April. (Eigenbericht.) Die außerordentliche Vollversammlung des Völkerbundes hat am Sonntagabend die Stimmhaltung Japans bei dem Neunzweckkomitee vorgelegte Entschließung im chinesisch-japanischen Konflikt einstimmig angenommen. Danach kann jede der den Verhandlungen in Shanghai verleiende Macht den Kommissionen über alle Schwierigkeiten berichten. Keine Partei darf andere Bedingungen für die Räumung verlangen, als sie vom Mitterbündenschießung wurden. Japan wird verpflichtet, seine Truppen in kürzester Frist auf die internationalen Konventionen zurückzuführen. Diese Zurückziehung muß vollständig und endgültig sein.

Die gemischte Kommission aus Vertretern der vier Großmächte wird beauftragt, die Organisation des Verkehrs und der Abrechnung der von Japan geräumten Gebiete mit festzusetzen.

Japans Delegierter enthielt sich bei der Abstimmung. Er wollte damit zum Ausdruck bringen, daß er seinem Komitee das Recht zu geben lassen, in Einzelheiten der Abmachungen zwischen ihm und China eingreifen zu können. Der Präsident stellte jedoch fest, daß laut Reglement der Vollversammlung eine Stimmhaltung als Nichtanwesenheit der Delegation auszufallen sei.

Kommunistische Arbeiterfeinde

Sie verhindern sozialistische Arbeit in Jheho

Jheho, 30. April. (Eigenbericht.) In Jheho, wo Sozialdemokraten und Kommunisten in der Stadtratsordnungsverwaltung die Mehrheit haben, weigerten sich die Kommunisten, bei einer Neuwahl des Bürgermeisters für einen sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen. Die Weigerung erfolgte, trotzdem sich die Sozialdemokraten im gegebenen Falle bereit erklärten, ihre Stimme für einen kommunistischen Beigeordneten abzugeben. Die Nationalsozialisten gerieten angefaßt dieses Verfalls der Kommunisten geradezu aus dem Häuschen. Sie erhofften durch die Wahlpolitik der SPD. einen Sieg ihres Kandidaten. Der Sozialdemokrat gelang es jedoch, durch geschickte Taktik dem bisherigen bürgerlichen Bürgermeister gegen den nationalsozialistischen Kandidaten zum Erfolg zu helfen.

Sowjetabzeichen gegen Haltenzeng

Wie enttäuschte Rußlandfahrer heimkehrten

Sangerhausen, 28. April. (Eigenbericht.) Vor Jahresfrist sind aus Stal und Kreis Sangerhausen viele kommunistische Arbeiter nach Sowjet-Rußland geschickelt worden. Die meisten sind bereits wieder zurückgekehrt, der Rest hat seine baldige Rückkehr angekündigt. Als Erklärung, lieber in Deutschland Fabrikarbeit zu empfangen als in Rußland an den Händen zu wühlen, denn in Rußland müßten sie die elendeste Not leiden. Bemerkenswert ist, daß die meisten enttäuschten Rückkehrer das Sowjetabzeichen gegen das Haltenzeng einzuweisen.

Bränung und Dietrich bei Hindenburg

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Sonntagabend den Reichsminister Dr. Brüning zum Bericht über die Reichs-Verordnung. Ferner empfing der Herr Reichspräsident den Reichsfinanzminister Dietrich zum Vortrag.

Roth keine Abschaffung des Iron-Eides

London, 30. April. (Eigenbericht.)

Das Reich der irischen Regierung zur Abschaffung des Eides hat in seiner Stellung im irischen Parlament sich einem mehrheitlichen Beschluss entgegen zu stellen, doch noch die englisch-irische Position ist dadurch klarer geworden. Die irische Labour-Party ist zwar für die Streichung des Eides aus der Verfassung, wendet sich aber gegen die unmittelbare Beseitigung des Eides auch aus dem anglo-irischen Vertrag.

„Patriotismus“

In einer Ausmaßung von Patriotismus, wie er in dieser Form in Europa ungewöhnlich ist, hat der japanische Kaiser Hirohito mit seinem eigenen Blut ein Vorbild des Mito abgemalt, um so seine Verehrung für das japanische Kaiserhaus unter Beweis zu stellen. Hirohito, der sich infolge der erlittenen Schwächung in Krankenhausbehandlung begeben mußte, hat das Bild dem japanischen Kriegsministerium geschenkt.

Bestialische Eltern

Vom Schwurgericht in Evreux (Frankreich) wurde ein junges Ehepaar, das seine vierjährige Tochter mit Schlägen zu Tode gepeinigt hatte, wegen fortgesetzter Mißhandlung zum Tode verurteilt.

90 000 getretete Vögel!

Wie in der Generalversammlung des Wiener Tierzuchtvereins mitgeteilt wurde, sind durch die vorjährigen Flugzeug-Vogeltransporte nach Bredwig 90 000 Eingepögel zum Tode des Ertrinkens getretet worden.

Wüstendi

Die Iraq-Petroleumgesellschaft legt eine große Petroleum-Abzweigung von den Petroleumfeldern des Iraq bis zur Küste des Mittelmeeres. Die Leitung, die bei Hit den Kuphrat überquert wird, teilt sich bei Ruiba in zwei Linien; die eine mündet bei Tripolis, die andere bei Jafra.

Wasser für 400 Millionen!

Die indischen Regierungen von Madras und Setherabad erwidern, ein drittes Hungergebiet von 400 000 Hektar (den Land) durch künstliche Bewässerung fruchtbar zu machen. Die notwendigen Gewässer sollen aus den Flüssen Tungabhadra und Allina abgeleitet werden. Die Kosten für die Bewässerung dieses Planes dürften sich auf etwa 400 Millionen Mar belaufen.

Stapellauf

Auf der Deutschen Werft in Hamburg lief am Sonntagabend das erste der sechs Großtauchboote, die von der Deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft in Auftrag gegeben worden sind, vom Stapel. Das 17 800 Tonnen große Schiff hat eine Länge von 165 Metern.



„Vaterstag“

Wenn kein Bedarf vorhanden ist, muß er künstlich geschaffen werden. Vertriebsame Leute aus der Demonstration haben jetzt eine neue Erfindung gemacht. Ob es einen „Vaterstag“, von dem die Blumengeschäfte und Süßwarenhandler profitieren, warum soll dann nicht ein „Vaterstag“ der Demonstration möglich sein? Also wird der „Vaterstag“ proklamiert. Das Symbol des Vaterstages ist die Kravatte. Kinder, schenkt euren Vätern Kravatten! Frauen, schenkt euren Männern Kinder, damit sie Vaterstag feiern können!

Eigentlich ist der Einfall mit den Kravatten gar nicht so abel. Es gibt unglücklich viele Männer, die mit den unmöglichsten Kravatten bzw. Schuhen herumlaufen. Wenn sich aber das Kravattenlaufen zum „Vaterstag“ allgemein einbürgern sollte, wird es wohl bald manchen Vätern mit entsprechend großer Nachkommenschaft geben, die soviel Kravatten besitzen, daß sie damit handeln können. Dann wäre es wieder Egoismus mit dem Gesicht.

Sonderaktion der Spalter

Obwohl es gerade in diesem Jahre härter denn je darauf ankommt, die Arbeiterkraft am Westufer zu einer großen geschlossenen Aktion gegen den Faschismus zusammenzufassen, trotzdem die SPD, gerade in dieser Woche die „proletarische Einheitsfront“ besonders lebhaft betonte, begangen die holländischen Kommunisten auch dieses Jahr wieder das Verbrechen die Einheit der Werktätigen zu erschlagen. Durch die Benennung einer besonderen kommunistischen Demonstration dokumentierte die Parteiführung, daß ihre Einheitsfrontpolitik nichts als Dumm und Unvernünftig ist. Dabei erlitten die Spalter noch einen gar bösen Reizfall. Wie in der kommunistischen Hochburg Amsterdam war auch ihre holländische Sonderaktion nicht viel härter als die der wirklich korbensüchtigen Arbeiter. Trotz Veranlassung der gesamten Anhänger aus der weiteren Umgebung Dales, trotz der Einwirkung von rund 800 Schattenspielen gab die Leitung der „Einheitsfront“ nur etwas über 2000 Teilnehmer. Alles was sich irgendwie gegen die Einheit der Arbeiterkräfte bewegen hatte, war allerdings zur Stelle, die Zahl der aufstrebenden Gewerkschafter hingegen sehr gering; die sind durch die unangenehme Gefahr in die Isolation getrieben worden.

In der jetzigen Situation, wo der Faschismus alle seine Kräfte einsetzt, um in die Betriebe einzudringen und unseren Einfluß durch Demonstrationen und ähnliche Schurkenstücke zu zerstören, ist es gut, die gesamte proletarische Einheitsfront zusammenzufassen und einzusetzen gegen Faschismus und Reaktion, auch da Spielplan wieder der Schrittmacher der holländischen Reaktion. Die gesamte Arbeiterfront der kommunistischen Partei beweist jetzt, daß es gibt, die gesamte proletarische Einheitsfront zusammenzufassen auch schon durch die Leistungen, daß sie nur eine Demonstration für einen Moment, wo der Faschismus vor den Türen steht.

Die „deutsche Meißener“

Wie wir bereits mitteilten, veranstalteten die holländischen Rotisten auch eine, und zwar eine „Deutsche Meißener“ in der „Saalshof“. Und damit die Geldgeber auch sehen, welchen „Erfolg“ die Knüppelarbeit des Großkapitals mit ihrer „Deutschen Meißener“ hat, wurde für den 1. Mai die Parole ausgegeben: „Gebrauch des Saalshofes“ für den 2. Mai. Die Parole wurde am 1. Mai bekanntlich ein Sonntag war, an dem die Betriebe insofern alle stilllagen, dafür können ja schließlich die Rotisten nichts. Wenn genügt es, wenn sie für sozialistischen Arbeiterkraft ihr Geistesgut liefern, um damit Geld zu verdienen.

Weder eine Ermittlung auf dem Stadtplatz

Am Sonntag war auf dem Stadtplatz die Ermittlung eines aus Oberhessen stammenden Arbeitlosen angelegt worden, die gemeinlich eine Härte bedeutete und begründete Erregung unter den Anwohnern hervorrief. Die Ermittlung ging diesmal ziemlich ruhig vor sich. Es hatte sich eine Ansammlung von etwa 200 Personen gebildet, die zerstreut wurde. Ein Polizeibeamter, der nach polizeilicher Mitteilung bedroht worden war, machte gegen mehrere Radfahrer von seinem Gummifüßel Gebrauch. Ein Mann wurde gefolteret, da er polizeiliche Anordnungen nicht befolgt haben soll.

Neuer Schwindel über das Reichsbanner

Sächeliche Verleumdungen der „Saale-Zeitung“

Die Pressestelle des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold schreibt uns:

Wenn schon der „Kampf“ sich noch Mühe bemüht, sich gegen gute Beschäftigungsgenossen Beschäftigungsmaterial über das Reichsbanner und die Eiserne Front zu beschaffen, darf sie mit ihm im nächsten Konfliktkampfsiegende „Saale-Zeitung“ nicht fehlen. Sie muß möglichst die Negativsetzung annehmen, die noch zu erreichen ist. Die Ermittlung ging diesmal ziemlich ruhig vor sich. Es hatte sich eine Ansammlung von etwa 200 Personen gebildet, die zerstreut wurde. Ein Polizeibeamter, der nach polizeilicher Mitteilung bedroht worden war, machte gegen mehrere Radfahrer von seinem Gummifüßel Gebrauch. Ein Mann wurde gefoltert, da er polizeiliche Anordnungen nicht befolgt haben soll.

Wieder ist uns, um auf die einzelnen Angaben des „ehemaligen Einheitsfrontes“ der „Saale-Zeitung“ einzugehen, noch nicht bekannt, daß zum Beispiel die „Saale-Zeitung“ ein verdorbenes Sport ist, wie in den republikanischen Kreislauf-Schülervereinen, auch beim Schachklub und anderen rechtslebenden Organisationen. Es ist aber überaupt im Reichsbanner auch nicht das geringste existiert, was etwa der Defiantlichkeit verdorben werden müßte.

Das Reichsbanner weiß es auch mit Genugtuung zu schätzen, daß in Halle wie in anderen Städten preußische Polizeibeamte — denen bekanntlich noch nicht ihre Staatsbürgerrechte entzogen

1. Mai 1932: Kampftag

gegen Faschismus und Kapitalismus - Würdiger Verlauf der hallischen Meißener

Ein herrlicher Sonntag gab in diesem Jahre der Freiheit des 1. Mai einen außerordentlichen Verlauf, wie man ihn sich bestenfalls nicht denken kann. Und dieses wunderbare Wetter schaffte auch die Stimmung, die den Kampftag der Arbeiterkraft befehlen soll. Drei anstrengende Wochen liegen hinter uns und haben zwei Monate alle Kraft in Anspruch genommen. Sie brachten uns, im Ganzen gesehen, einen Rückschlag, aber keine Niederlage, das zeigte sich geteilt. Wo war da etwas von Verzweiflung, von Kleinmut? Alle befehle nur der Gedanke: Ihr zwingt uns nicht, der Kampf geht weiter!

Auf dem Paradeplatz waren wieder alle diejenigen erschienen, die auch in den letzten Wochen im Kampf gestanden hatten. Voran die Gewerkschaften mit ihren prächtigen alten Bannern — der 1. Mai ist ja vor allem der Tag der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterkraft — dann die Sozialdemokratische Partei und Reichsbanner und die Arbeiterpartei. Stark waren auch die Sozialistische Arbeiterjugend und die Sozialistische Studentengruppe angetreten; besonders die letzte trat zahlreicher als sonst in Erscheinung. Die SA hatte bereits eine Meißener hinter sich. Fröhlich, als Langschläfer noch schliefen, war sie in die Höhe gezogen und hatte hier in der blühenden Natur den 1. Mai mit einer stimmungsvollen Feier im engen Kreis begangen. Das war natürlich kein Sündenbegründung, nun auch bei der Demonstration der Gesamtbevölkerung zur Stelle zu sein. Und so waren alle in der Eiserne Front vereinigten Organisationen zur Stelle. Fröhlich war das Bild, das sich bot. Auf großer Menschen, auf eine städtische Reihe Arbeiter und schmerztragende Massen fiel der lachende Sonnenschein.

Vor der Marmarade konnten sich, richtete Genosse Schaumburg an die Massen, die den Paradeplatz füllten. Worte, die die Bedeutung des 1. Mai schilberten. In diesem Jahre hat der Kampftag der Arbeiterkraft noch eine gewaltige besondere Bedeutung. Der Kampf zwischen Faschismus und Arbeiterkraft geht seinem Höhepunkte entgegen. Das ist die politische Bedeutung. Auf der anderen Seite kämpfen wir trotz aller Schwierigkeiten weiter für unser großes Ziel, gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus!

Und dann legten sich die Massen in Bewegung. Noch härter als zuvor war die Teilnahme an dem Demonstrationstag, der

zum „Volkspart“ zog. Seine Disziplin fand überall Anerkennung. Auch die Meißener wirkte in stärkerem Maße mit. Neben drei Tausend marschierenden im Zuge mehrere Spielmannszüge des Reichsbanners und des Parteikontingents der Jugend mit. Im Zuge wurden viele rote Transparente mitgeführt, die die Forderungen der organisierten Arbeiterkraft bekräftigten:

Für die Verklärung der Arbeiterkraft! Gegen den Faschismus! Gegen die Arbeitslosigkeit! Gegen den Faschismus! Gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus!

Diesmal ging es durch die Straßen, die im Bahnpark nicht bebaut worden waren. Schwarzestraße, Gatz, Georgstraße, Friedrichstraße, Heinrichstraße, Ludwig-Wucherer-Straße, Richard-Wagner-Straße, Bettiner Platz, Driststraße und Große Gosenstraße passierte der Zug.

Mit seiner Auflösung im „Volkspart“ fand der politische Zeit sein Ende. Im eigenen Heim entwickelte sich nunmehr ein neues Volkspart, an dem alle Mitglieder der großen Familie der hallischen organisierten Arbeiterkraft lebhaften Anteil nahmen. Abwechslung war zahlreich geboten, und jeder noch dankbar, nach den schweren politischen Kämpfen und inmitten großer wirtschaftlicher Kämpfe Stunden der Entspannung zu finden. Schießstände und Kegelspiele waren für die Erwachsenen Anziehungspunkte, der Spielplatz, auf dem es nicht nur eine Schaulust und eine Neugier, sondern auch ein Kaiser-Theater gab, für die Kleinen, und der Tanzsaal für alle, die sich zur Jugend rechnen. „Freut euch des Lebens!“ war für einige Stunden die Parole, bei der man sich zwar selbst betrug, die aber doch nur natürlich ist.

Am Montag — Tag der Sammlung. Die Arbeiterkraft in aller Welt hat wieder ihren Willen kundgetan und demonstriert für ihre Kampfsprüche, für die Ziele der wirtschaftlichen und politischen Erneuerung. Überall, wo die Sozialdemokratie die Führung hat, ist der Montag ruhig und würdig verlaufen, der Kampfspruch der Arbeiterkraft hat auf Freund und Gegner Eindruck gemacht. Aus diesem Mai-Feiertag stehen wir auch die Kraft mit vollem Glauben wieder an die Arbeit zu gehen für unsere Ziele.

für Freiheit und Sozialismus!

Gesamtverband trotz Krise kampfbereit

Eine Generalversammlung, wie man sie jeder Organisation wünscht

Der Gesamtverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe pp. hielt am Sonntag im „Volkspart“ seine Vertreterversammlung ab, die über die Geschäftsführung des vergangenen Quartals zu rechten hatte. Die erwählten Spitzenfunktionäre waren dazu aus den Ortsgruppen unseres Betriebsgebietes zusammengeleitet. Ihnen berichtete zunächst Geschäftsführer H. H. (1. Vorsitzender) über die Haltung der Organisation im letzten Quartals. Die öffentliche Meinung über die Haltung der Organisation im letzten Quartals ist sehr günstig. Die erwählten Spitzenfunktionäre waren dazu aus den Ortsgruppen unseres Betriebsgebietes zusammengeleitet. Ihnen berichtete zunächst Geschäftsführer H. H. (1. Vorsitzender) über die Haltung der Organisation im letzten Quartals. Die öffentliche Meinung über die Haltung der Organisation im letzten Quartals ist sehr günstig. Die erwählten Spitzenfunktionäre waren dazu aus den Ortsgruppen unseres Betriebsgebietes zusammengeleitet.

Die erwählten Spitzenfunktionäre waren dazu aus den Ortsgruppen unseres Betriebsgebietes zusammengeleitet. Ihnen berichtete zunächst Geschäftsführer H. H. (1. Vorsitzender) über die Haltung der Organisation im letzten Quartals. Die öffentliche Meinung über die Haltung der Organisation im letzten Quartals ist sehr günstig. Die erwählten Spitzenfunktionäre waren dazu aus den Ortsgruppen unseres Betriebsgebietes zusammengeleitet.

Die erwählten Spitzenfunktionäre waren dazu aus den Ortsgruppen unseres Betriebsgebietes zusammengeleitet. Ihnen berichtete zunächst Geschäftsführer H. H. (1. Vorsitzender) über die Haltung der Organisation im letzten Quartals. Die öffentliche Meinung über die Haltung der Organisation im letzten Quartals ist sehr günstig. Die erwählten Spitzenfunktionäre waren dazu aus den Ortsgruppen unseres Betriebsgebietes zusammengeleitet.

Der Stamm erfahrener Funktionäre, die der Gesamtverband überall besitzt, hat in diesem Jahre außerordentliche Dienste geleistet. Der Unbegreiflichkeit der Entlassungsfrage in die öffentlichen Betriebe wurde unter höchsten Opfern der Beschäftigten überwinden. Zugleich hat der Gesamtverband durch Beeinflussung der zentralen Instanzen mit Entschiedenheit Arbeitsbeschaffung erreicht, wobei die Entlassung des Arbeitslosenstandes des DDR. Schlägen des Faschismus muss vermieden werden. Zugleich hat die Konzentration der Haltung zu begünstigen. Zugleich hat die Konzentration der Haltung zu begünstigen. Zugleich hat die Konzentration der Haltung zu begünstigen.

Die erwählten Spitzenfunktionäre waren dazu aus den Ortsgruppen unseres Betriebsgebietes zusammengeleitet. Ihnen berichtete zunächst Geschäftsführer H. H. (1. Vorsitzender) über die Haltung der Organisation im letzten Quartals. Die öffentliche Meinung über die Haltung der Organisation im letzten Quartals ist sehr günstig. Die erwählten Spitzenfunktionäre waren dazu aus den Ortsgruppen unseres Betriebsgebietes zusammengeleitet.

Die erwählten Spitzenfunktionäre waren dazu aus den Ortsgruppen unseres Betriebsgebietes zusammengeleitet. Ihnen berichtete zunächst Geschäftsführer H. H. (1. Vorsitzender) über die Haltung der Organisation im letzten Quartals. Die öffentliche Meinung über die Haltung der Organisation im letzten Quartals ist sehr günstig. Die erwählten Spitzenfunktionäre waren dazu aus den Ortsgruppen unseres Betriebsgebietes zusammengeleitet.

Die erwählten Spitzenfunktionäre waren dazu aus den Ortsgruppen unseres Betriebsgebietes zusammengeleitet. Ihnen berichtete zunächst Geschäftsführer H. H. (1. Vorsitzender) über die Haltung der Organisation im letzten Quartals. Die öffentliche Meinung über die Haltung der Organisation im letzten Quartals ist sehr günstig. Die erwählten Spitzenfunktionäre waren dazu aus den Ortsgruppen unseres Betriebsgebietes zusammengeleitet.

Die erwählten Spitzenfunktionäre waren dazu aus den Ortsgruppen unseres Betriebsgebietes zusammengeleitet. Ihnen berichtete zunächst Geschäftsführer H. H. (1. Vorsitzender) über die Haltung der Organisation im letzten Quartals. Die öffentliche Meinung über die Haltung der Organisation im letzten Quartals ist sehr günstig. Die erwählten Spitzenfunktionäre waren dazu aus den Ortsgruppen unseres Betriebsgebietes zusammengeleitet.

Die erwählten Spitzenfunktionäre waren dazu aus den Ortsgruppen unseres Betriebsgebietes zusammengeleitet. Ihnen berichtete zunächst Geschäftsführer H. H. (1. Vorsitzender) über die Haltung der Organisation im letzten Quartals. Die öffentliche Meinung über die Haltung der Organisation im letzten Quartals ist sehr günstig. Die erwählten Spitzenfunktionäre waren dazu aus den Ortsgruppen unseres Betriebsgebietes zusammengeleitet.

Die erwählten Spitzenfunktionäre waren dazu aus den Ortsgruppen unseres Betriebsgebietes zusammengeleitet. Ihnen berichtete zunächst Geschäftsführer H. H. (1. Vorsitzender) über die Haltung der Organisation im letzten Quartals. Die öffentliche Meinung über die Haltung der Organisation im letzten Quartals ist sehr günstig. Die erwählten Spitzenfunktionäre waren dazu aus den Ortsgruppen unseres Betriebsgebietes zusammengeleitet.

Die erwählten Spitzenfunktionäre waren dazu aus den Ortsgruppen unseres Betriebsgebietes zusammengeleitet. Ihnen berichtete zunächst Geschäftsführer H. H. (1. Vorsitzender) über die Haltung der Organisation im letzten Quartals. Die öffentliche Meinung über die Haltung der Organisation im letzten Quartals ist sehr günstig. Die erwählten Spitzenfunktionäre waren dazu aus den Ortsgruppen unseres Betriebsgebietes zusammengeleitet.

Spd., Ortsverein Halle

Am Dienstag, dem 3. Mai, abends 8 Uhr, findet im „Volkspart“ eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Wahl des Vorstandes und gegenwärtige politische Lage.

Alle Genossinnen und Genossen werden ersucht zu erscheinen. Mitgliederbuch ist vorzulegen.

Provinzialumlage unverändert 13 1/2 Prozent

Der Provinzialetat verabschiedet

Nazi-Diktator in der Klemme - SPD-Arbeitsbeschaffungsprogramm angenommen Nationalsozialisten und Kommunisten gegen Arbeitnehmer-Interessen

Die Schlußsitzung des Provinziallandtages nahm in verhältnismäßig kurzer Beratung die Verabschiedung des Haushaltsplanes für 1932 vor. Um auf der Grundlage der alten Umlage von 13 1/2 Prozent den Etat auszugleichen, wurden bei den verschiedenen Titeln noch erhebliche Streichungen vorgenommen. U. a. wurden abgestrichen im Verfügungsfonds des Provinzialauschusses 5000 M., bei den Wanderarbeitersstätten 27 750 M., bei der Landwirtschule 20 000 M., bei der Denkmalspflege und den Museumsgebern 9000 M., bei der Volkshochschule 1250 M., bei der Volkshöhle 2500 M. (bleiben noch ganze 5000 M.), bei der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 4500 M. Gefährdet wurde auch der Zuschuß zu den Kranenanstalten der Beamten und Angestellten, dafür wurde der Betrag für Arbeitsbeschäftigung an das Personal um 20 000 M. auf 30 000 M. erhöht. Bei der Landesanstalt für Vorgehichte wurde der Etat um 15 000 M. auf 125 800 M. gefügt, bei den übrigen Provinzialanstalten um zusammen 156 000 M. Die Beihilfen für die Gemeindeverbände wurden um 50 000 M. auf 300 000 M. herabgesetzt, der Fonds für die Unterhaltung der Provinzialstraßen um 532 000 M. auf 4 995 000 M.

Der Kommunist Dobra erklärte gegenüber diesem Etat, daß die Kommunisten nimmer „mit verschärfter Kraft das Volk mobilisieren“ wollten. Die guten Seiten kommen eben aus dem „Mobilisieren“ gar nicht mehr heraus, dabei folgen immer weniger Wertigkeiten ihrer bündigen Parolen! Auch kommunistische Änderungsanträge wurden abgelehnt. Für die Sozialdemokratie gab Genosse Bach (Magdeburg) eine besondere Erklärung ab. Er wies darauf hin, daß der anfangs geplante Umlagefuß von 15 1/2 Prozent gegenüber dem Vorjahre immer noch eine Verminderung des Umlageaufkommens um 1,674 Millionen Mark bedeutete. Die Aufstellung des Etats auf dieser Grundlage erfolgte schon unter so erheblicher Senkung der Ausgaben, daß zum Teil mit Ueberforderungen der Anlage zum rechnen ist. Dennoch hat die Mehrheit des Haushaltsausschusses weitere Abstriche vorgenommen, um auf den Satz von 13 1/2 Prozent zu kommen. Sie hat also

einen Scheinansatz des Etats vorgenommen.

Um das Risiko eines großen Verlustbetrages herabzumindern, war die SPD bereit, eine Umlage von 14 1/2 Prozent zu bewilligen. Das wurde von sämtlichen Fraktionen abgelehnt. Eine weitere klare Forderung der vorgesehenen Ausgaben ist durch den Einspruch der sozialdemokratischen Vertreter verhindert worden. Die sozialdemokratische Fraktion stimmt daher dem Haushalt trotz schwerwiegender Bedenken zu, um die unbedingt notwendigen Mittel für soziale und kulturelle Zwecke zur Verfügung zu stellen und das Selbstverwaltungsrecht nicht aus der Hand zu geben. Die volle Verantwortung für diesen Haushalt aber muß sie den Abgeordneten überlassen, die ihn in der nunmehr vorliegenden Fassung erzwungen haben.

Nach einigen Auseinandersetzungen wurde der Etat mit der 13 1/2prozentigen Umlage gegen die Stimmen der Nazis und Kommunisten genehmigt. Der Verwaltungsbereich von 1930 wurde zur Kenntnis genommen.

Nach entsprechender Vorberatung wurde der SPD-Entwurf zusammen mit einem Ergänzungsantrag angenommen, dem Votum des Provinzialauschusses wegen der Angleichung der Handelskammer Mühlhausen an Rastatt beizutreten und den Handelsminister zu ersuchen, im Benehmen mit den entsprechenden Behörden eine Neuauflistung der Handelskammerbezirke Rastatt und eventuell Nordhausen und Erfurt vorzunehmen. Die Kommunisten lieferten durch

ihren Vertreter Janz hierbei den Beweis, daß sie das, was verhandelt wird, gar nicht verstehen, denn Janz warb um Gunst der Handwerker, die doch bei der Handelskammer gar nicht in Betracht kommen.

Eine derbe Mißtraue erleben die Nazis und insbesondere Herr Diktator, als ihnen von rechts stehenden bürgerlichen Abgeordneten die Unterdrückungsergebnisse zu ihren Anschuldigungen gegen Landesrat Ulrich in der „Tag“-Schiedspruch-Angelegenheit vorgelegt wurden, nach denen

die Nazi-Behauptungen jeder Grundlage entbehren.

Trotzdem beschloß Diktator die Stimm, bei seinen beleumderten Behauptungen zu bleiben. Nummer wurde auf Antrag der Deutschnationalen der Provinzialauschuss ersucht, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Höhnisch hielt Diktator die Volkspartei vor, daß sie doch „von den roten Ketten frei“ machen wollte. So bekam diese Partei auch hier einen verdienten Fußtritt von den von ihr so verächtlichst behandelten Genossen Schaumburg Herrn Diktator erneut wegen seiner Wohnungsfrage und erklärte, daß er sich

am 4. März 1932 von Halle nach Potsdam abgemeldet

habe, also gar kein Recht habe, sein Mandat als Provinziallandtagsabgeordneter auszuüben. Diktator wiederum beschwerte sich beim Präsidenten, daß Genosse Schaumburg gesagt habe, „in wahren Wäldern“ gebe er sich nicht ab. Den Landratsverweisen in Kulkwitz folgte ihm die Mehrheit beifällig, ausgegeben werden, das Unfallatzeurgenewebe nicht zu schädigen.

Glänzende Maitungebung in Berlin

Sozialdemokratischer Massenaufruf im Lustgarten

Die Maitage ist nach den vorliegenden Meldungen im In- und Auslande wieder überall ruhig verlaufen. Den größten Aufmarsch erlebte Berlin. Bereits am frühen Morgen ging das große sozialistische Banner durch die Vororte und Bezirke. Es war, als rüsteten sich ganze Stadtteile zum Aufbruch. An allen Ecken und Enden bliesen die Hörner, trommelten die Schläger zum Sammeln und wehten die roten Fahnen zum Gruß. In Gruppen wurde zu den Absparkstellen gerückt. Pünktlich um 11 Uhr legten sich die Schlangen in Bewegung. So marschierte es in Zahl und Tritt und sang es in Reih' und Glied, so marschierten sie aus allen Richtungen dieser Riesengasse. Immer länger und größer werden die Züge, bis sich gegen 1 Uhr die endlosen Ströme in den Lustgarten ergossen, der bald ein einziges Meer war von roten Fahnen und begeisterter Menschen, von Farben und Musik. Immer neue Kapellen, immer neue Gruppen, immer neue Musik und überall auf Hunderttausende froher und kampfeslustiger Menschen die strahlende Sonne dieses 1. Mai.

Trompetensignale - das Meer schweigt und von der Mientreppe des Museums braust der gewaltige Chor der Arbeiterlänger. Dann sprach Falta u., der Bevollmächtigte der freien Gewerkschaften, um den Willen und die Erwartung dieses sozialistischen Heeres in Worten Ausdruck zu geben, eines Heeres, das den Zusammenbruch der kapitalistischen Welt erlebt und ersehnt und bereit ist, eine neue und bessere Ordnung aufzubauen.

„Wir erwarten“, rief der Redner unter großem Beifall, „daß die Regierung endlich in den Fragen der Not und der Arbeitslosigkeit mit den diplomatischen Beratungen aufhört und mit der befreundeten Tat beginnt. Wir wollen, daß die Millionen Mark, die täglich als Unterstützungsgroschen aus-

gegeben werden und die Not nicht lindern können, zu produktiven Zwecken angelegt werden, zu nutzbringender Arbeit und zu einer solchen Arbeitsleistung, daß die wartende Jugend und die Gewerkschaften die Betriebe zurückgeführt werden können. Der Kapitalismus glaubt, durch seine gemieteten schicksalichen Säbner den Willen und das Sinnen der arbeitenden Klasse hinterzuziehen zu können. Er glaubt das, weil Hitler vor der Lunte steht. Die heutige Mobilisierung zeigt jedoch, daß wir den Willen und die Kraft haben, den deutschen Faschismus die Tür vor der Nase zu zuschlagen.“

Hunderttausende von Händen hoben sich dann in Begeisterung, als ein Gustaflegionnaire Otto Weis als Wille der Kundgebung verlesen wurde. Entzündeten Hauptes standen dann die Hunderttausende und sangen die Internationale und dann vollzog sich der Abmarsch dieses Heeres von Kämpfern.

Geordnet, diszipliniert und siegesbewußt rüsteten sie zu den Nachreitern in ihre Bezirke. Das war die beknüpfte Berliner Maidemonstration im Kampfesjahr 1932.

Zwei Kommunisten getötet

Der 1. Mai in Polen.

(W.B.) Warschau, 1. Mai.

Bei der Maitage in Dobrowa-Gora bei Sosnowitz kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und der Polizei. Die Kommunisten schloffen auf die Polizei, die das Feuer erwiderte. Zwei Kommunisten wurden getötet. Sonst haben die Maitage im ganzen Lande einen ruhigen Verlauf genommen.

Ein „ewiges Licht“ für Edison

Um das Andenken des großen Erfinders Thomas A. Edison für alle Zeit zu ehren und zugleich die Bedeutung seiner Erfindungen für die „Beleuchtung der Erde“ bildlich hervorzuheben, errichten ihm die Amerikaner in West Amboy im Staate New Jersey ein gewaltiges Monument. Auf einem im Durchmesser 35 Meter umfassenden Unterbau wird sich ein ungefähr 30 Meter hoher Turm erheben, auf dessen Spitze ein riesiges weißes in Sand hienaus leuchtendes Licht glänzen soll. Dieses Licht soll nun als „ewiges Licht“ d. h. Tag und Nacht ununterbrochen brennen und darf nicht ausgeben, solange Amerika seines berühmten Sohnes in Dankbarkeit gedenkt.

Neue Filme in Halle

Der Sänger von Sevilla

(H.-E. S. Halle.)

Ramon Novarro hat sich umgesehen. Aus dem bestbelegten Den Kur ist ein Jünger der Kunst und ein Calafano allerersten Ranges geworden. In allen möglichen Szenen brilliert er als „Schönheit“. Der Film zeichnet sich eben dadurch besonders aus, daß er schöne Menschen in schönen Kostümen zeigt. Die Handlung selbst ist nicht neu, sondern aber sehr durch ihre Unterhaltung. Die Vertonung und Darbietung ist unübertrefflich ausgezeichnet. Man wundert sich nicht wenig über den prächtigen Tenor des Novarro, der in der Schlüsselszene des Bajazzo jedem Opernsänger würdig ist. Spiel und Gesang des Novarro betrauen eine anregende Linie im Können. Die übrige Besetzung ist durchaus gut. Die Trägerin der weiblichen Hauptrolle ist ein neuer Stern am Filmhimmel. Mit viel Gefühl und Grazie läßt sie ihre schmerzlichen Auftritte. Bemerkenswert ist noch, daß der Film einige gute Kostümbilder enthält. - Das Besondere ist das übliche. L.-a.

Amerikanischer Humor. „Ich möchte zu gern einmal Ihre Brillen sehen!“ - „Aber genügt!“ - „Und wenn der ich munter!“ - „Am besten morgens um drei; da sind sie am muntersten!“

Ma

„Es laßt der Mai Der Wald ist frei von Eis- und Reifhänge!“ Mit diesen Worten gaben schon unsere Vorfahren ihrem Jubelgefühl über den heranannahenden Sommer Ausdruck. Der Mai als Höhepunkt aller Frühlingspracht soll den Menschen Blütenfülle, Baumgrün und Wiesen voller Blumen, überglänzt von warmem strahlendem Sonnenschein, bescheren. Deshalb war schon die Nacht zum 1. Mai festlicher Feiertag; denn sie leitet die Frühlingsfeier ein. In heidnischen Zeit hielten auf den Berggipfen die Opferfeuer empor zum Zeichen der höchsten Welten mit Freia, als Symbol der Vermählung des göttlichen Sonnenbräutigams mit der mütterlichen Erde. In den Bräutigam der Naturgöttin, die heute noch in vielen Teilen Deutschlands, besonders auf dem Brocken, gefeiert wird, hat sich die Erinnerung an die allgemeinere Maitage erhalten. Ursprünglich waren die Herren der Naturgöttin die germanischen Wäls, d. h. die Priesterinnen, und die heilige Walpurgis hat mit der Nacht, die ihren Namen trägt, nur wenig zu tun. Sie war die Tochter des altenglischen Königs Ricard und die Schwester des im Jahre 741 von Bonifatius zum ersten Bischof von Eichstätt gewählten Heidenapostels Willibrod. Als Bistum des schwäbischen Klosters Heidenheim wurde sie nach ihrem Tode wegen ihrer großen Frömmigkeit an einem 1. Mai heilig gesprochen. So im Anschluß an die mit Spielen und Gelagen verbundenen allgemeinern Frühlingsfeiern entstand der Zusammenhang zwischen dem Teufelsputz, dem Begehen dieser Nacht und der heiligen Walpurgis.

Aber nicht nur um den 1. Mai hat der Volksmund eine besondere Segende gemoben. Auch eine ganze Reihe weiterer Maitage hat ihre bestimmte Bedeutung. Den 3. Mai nennt der Volksmund den „Woh“, und den 7. die „Schlange“, weil angeblich beiden nicht zu trauen ist, während der 4. Mai der Bedeutung des heiligen Florian ist, des Schutzheiligen, der Haus und Ställe gegen alle Feuerkatastrophen behütet und dessen Bild man in katolischen Gegenden fast an jeder Haustür findet. In früherer Zeit wurde der Schutzheilige vielfach dadurch geehrt, daß man an seinem Namenstag kein Feuer anzündete.

In der Schweiz, vor allem im Kanton Glarus, wird der 6. Mai als Förrtag (Georgstag) mit besonderen Feierlichkeiten begangen.

Wenn auf der Inselgruppe der Solingen das Vieh am „Altmai“, d. h. am 12. Mai, auf die gemeinsamen Weidplätze geführt wird, so es bis zum 24. August, dem Bartholomäustag, verbietet, so weist diese Datierung darauf hin, daß der Altmai eine Erinnerung an den 1. Mai des alten jüdischen Kalenders bildet. Der 9., 11. und 13. des Monats wurden schon im alten Rom gefeiert. Die drei Tage hießen die Lemurien. Die Lemuren waren die bösen Geister der Verstorbenen, die als nächtliche Geisteser und Völkergötter umherzogen und die Lebenden bedrängten. Um sie zu verjagen, mußte an den Lemurientagen jeder Hausvater gewisse Gabenopfer leisten. Am 14. Mai mochten die Bestattungen aus Friedhöfen geführte Menschenbilder, die Agutur, in den Ziber. Sie erstgenet damit die Menschenopfer früherer Zeiten, in denen die Agutur, die Kriegesgefahren, in den Fluß geführt wurden. Der 15. Mai brachte in Rom das Mercurfest, das hauptsächlich von Kaufleuten und Händlern gefeiert wurde. Sie beprengten an diesem Tage ihre Waren mit Wasser aus der Mercurquelle und boten den Göttern, ihnen zu verzeihen, daß sie ihn beim Handeln des öfteren zum Zeugen ihrer Schwimdeln angelernt hatten.

Seit heute wenn die Tage vom 11., 12. und 13. Mai unter dem Namen der „Eisheiligen“. Denn an den häufig um die Monatsmitte sich einstellenden Fröhen sollen nach altem Volksglauben die drei kaltenbrüchigen Wänerus, Wanktutus und Serarvus schuld sein. Zu ihnen kommt in Süddeutschland am 14. Mai noch der Bonifatius, was einer genaueren Naturbeobachtung entspricht; denn die kaltefälle im Mai pflegen den deutschen Süden gewöhnlich einen Tag später heimzulanden als den Norden.

Schließlich gehört zu den Festtagen noch der 25. Mai der Heidenstag, der für den Gewehrer den Bemühende besonders wichtig ist. Von dem Heidenstag kommen die Festlichkeiten aus dem Böhmerland. Treten die Wäner in großen Mengen auf, so bedeutet das ein gutes Vorzeichen für kommenden Ernteerfolg, und auch der Wind, der im Mai über die Felder weht, soll der werdenden Frucht Segen bringen.

Ist auch der Boden rau und hart . . .

Was lehrt uns der Preußenwahlkampf? - Schlimmer als in Braunschweig! - Sozialistische Landtagstagen eink und jetzt

In der Preußenwahlkampfzeit ist ein alter Parteitag einmal wieder in der Öffentlichkeit erschienen. Seine Beobachtungen treffen zum Teil auch auf andere Parteien zu, weshalb wir den Artikel hier mitteilen.

Satten wir schon bei der Reichspräsidentenwahl Gelegenheit, hier im Bezirk die Kampfbilder der Nationalsozialisten kennenzulernen, die von allen unseren Genossen als eine gewisse Bezeichnung wurde, so sollten wir doch das wahre Wesen dieser Gesellschaft erst bei der Preußenwahl richtig zu spüren bekommen. Wir haben ja in der Presse oft genug gelesen, wie es die Nazis in Braunschweig unter ihrem Minister Klages treiben: aber eine Genossin, die von Braunschweig hier mitteilte:

„Bei euch ist es ja schlimmer als in Braunschweig!“

Das will für mich viel heißen! Das Verhalten von Flugblättern auf den Sonderorten wurde für einzelne Genossen eine Unmöglichkeit, aber noch schlimmer war es bei der Abhaltung von Versammlungen. Hier haben die Nazis, an einigen Orten sogar mit Unterstützung der Kommunisten, Verschiedene von uns angelegte Versammlungen nahmen einen stürmischen Verlauf, andere wurden eingeperrt oder gleich von vornherein unmöglich gemacht. Das gab unseren Genossen Veranlassung, andere Maßnahmen zu ergreifen. Da in allen preussischen Teilen Hochbetrieb herrschte, wendeten sich die Weiskener Genossen an die Genossen in Sonderbauern und Zwickauer mit Unterstützung bei der Wahlarbeit, die auch sofort freudig zugelangt und in Angriff genommen wurde.

Nun gilt es, die Lehren aus diesem Wahlkampf zu ziehen!

Wir müssen lernen, auch wenn die Partei auf eine lange Tradition zurückblicken kann. Denn auch hier lernt man nicht aus; das habe ich so recht in diesen Tagen empfunden. Niemand braucht man nicht zu lernen; es genügt auch manchmal, wenn man zu alten, erprobten Lehren zurückkehrt. So kann man nicht zu spät lernen, das will sehr sehr und dazu ist die Sache zu ernst — ich arbeite und werde für die Partei bereits über 40 Jahre. Denn schon als Schuljunge war es für mich das Schöne, und ich sah stolz, wenn ich mit den alten Genossen hinaus aufs Land gehen und da stets die eifrigsten Genossen aufsuchen konnte, um unsere Schriften dorthin zu bringen. Es ging dabei oft sehr hart her, es war oft gefährlich. Aber

was ich in diesem Wahlkampf nun Preußen erlernte, war mir neu; es war schlimmer als in den achtziger und neunziger Jahren.

In jenen Jahren hatten wir beim Flugblattverbreiten mit den Hunderten schwer zu kämpfen; die ließ man gewöhnlich los, wenn die „dösen roten“ kamen, damit ja nicht die „letzte Raub“ aus dem Stall geholt werden konnte. Es gab auch die üblichen Intimidationen; man sah auch verschiedentlich Mistgabeln. Aber jetzt sieht man, daß dies ein Kinderspiel war gegen das, was wir jetzt erleben müssen. Die Werte, mit denen man uns heute beachtet, haben damals noch nicht im Schimpfwörterlexikon; die sind sicher erst aus Braunau nach Deutschland importiert worden. Das Ausland hat die Deutschen mit „Kultur“ beglückt. Gingt mir früher in Kolonnen

zu zwei, vier, auch manchmal sechs Genossen in einen Ort zum Flugblattverbreiten, so ist dies heute in diesen Orten nicht mehr möglich; jetzt müssen schon große Trupps gehen, und das ist es noch gefährlich.

Genossen, gibt dies nicht zu denken? Ja, wir müssen die Ursachen ergründen. Wir müssen uns fragen, sind wir an diesen Verhältnissen ganz unzufrieden? Nein, Genossen, offen bekannt: Wir haben das Land vernachlässigt; wir waren zu fleißig! Wir haben unsere Gegner jahrelang unterdrückt! Jetzt gilt es: erkennen, was ist, die Lehre daraus ziehen und dann danach handeln. Und wenn ich dies befolge, so kann ich nur ausrufen: Genossen, Genossinnen, zurück zu unseren alten Agitationsmethoden!

Diese alte Methode bedeutet die ständige Arbeit. Nicht die Arbeit zusammenballen lassen bis zur Wahl, bis sie unbedingt erforderlich ist. Nein, in fändiger gleichmäßiger Arbeit heran an den Feind, hinaus aufs Land! Wir müssen wieder bekannt werden; sie sollen sehen und erkennen, was wir für Menschen sind und wann wird unsere Aufklärungsarbeit von Erfolg gekrönt sein!

Was taten in früheren Jahren die Arbeiterführer? Sie gingen nicht nur freitags und Sonnabends in die Singstunde, sie gingen mit ihrem Gangesgenossen, mit Frau und Kind hinaus aufs Land. Was machten die Arbeiterführer? Sie gingen nicht nur in die Turnstunde, auf den Sportplatz. Nein, sie unternahmen Turngänge, Turnfahrten hinaus aufs Land, sie hatten Zeitungen, gelehrte Broschüren überhand wie die Arbeiterführer in der Lage. Sie ließen ein Turnereid, ein Arbeiterleid lustig erschaffen. Die Wandbewohner hätten sie sehen, sie gingen nach und in der Gemeindefestung entstand bald ein reges Leben. Da gab es einen

Austausch von Meinungen;

das gab es auf einmal eine Frage, die Interesse für mehrere hatte und schon stand ein Genosse auf einem Stuhl oder Tisch und erklärte. Es waren ja nicht für uns keine Verbrüderungen erlaubt oder aber wir. — Und dazu kein Lokal. Und doch, wie schön kamen wir an die Landbevölkerung heran — und heute? Zurück, Genossen, zu alten bewährten Methoden! Unsere Parteipresse ist heute besser ausgestattet wie früher. Material stellt inülle und Fülle zur Verfügung; es liegt unbenutzt da und kann doch noch so gute Dienste für unsere Sache leisten. Wir müssen arbeiten!

Der Boden ist gefroren; er ist wieder rau und hart, er muß wieder intensiver bearbeitet werden!

Unseres Geistes Schwert muß das Raube, Parte zerbrechen. Dann haben wir nicht mehr nötig, in kurzer Zeit überanstrengt zu arbeiten und doch keine Erfolge zu erzielen, dafür aber Mißerfolge einzulisten. Lernen wir aus dem Vergangenen: Wenn es gut war, nutzen wir es für die Zukunft im Interesse unserer Bewegung, zum Wohle unseres Volkes. Die Worte: „Ihr kommt nur zu uns bei den Wahlen, wenn ihr unsere Stimmen braucht!“ müssen verschwinden. Das ist unsere Aufgabe, an die wir ungefaunt herangehen müssen! O. St.

Landtagstagen der Eitergenossenschaft für 1932 beraten. Dieser schließt in Einnahme und Ausgabe mit 626 000 RM. Davon mußten durch Umlage von den Zahlungspflichtigen 485 000 RM. gegenüber 146 000 RM. im Vorjahre aufgebracht werden.

Der Gesamtschuldenstand der Eitergenossenschaft beträgt 1 423 000 RM.

Wegen die für die Grundräumung der Zeilreife der Eiter von Bergberg bis Rad Viehwerda im Bauhallenplan eingeleitete Summe von 150 000 RM. ließ die Gruppe B (Werkhänger) erklären, daß sie die notwendige Summe für Bauarbeiten mit 50 000 RM. erzeuge. Der ganze Bauhallenplan wurde schließlich gegen die Stimmen der Versicherungsgruppe angenommen, die zum Schluß erklärte, daß die häufige Wechsel der Sachbetreuer bei der Regierung fördere die Arbeiten der Genossenschaft nicht. Ein entsprechender Antrag von der Regierung wurde in der Form gestellt, daß der Wunsch an die Regierung gerichtet werden soll, den gegenwärtigen Sachbetreuer möglichst lange im Amt zu belassen.

Kreis Jurgau

Annaburg. Rückgang der Erwerbslosenziffer. Ein Anstieg des Zinses der Erwerbslosenziffer bei feststehenden. Eine kleine Anzahl Erwerbsloser ist von hiesigen Unternehmern im Bauernbereich beschäftigt worden, gleichzeitig auch in der Landwirtschaft. Von der Gemeinde selbst werden 20 Wohlfahrtsberufsbetriebe zum Beispiel in der Landwirtschaft, im Handel und in der Industrie Erwerbslosen zu beschäftigen, die die letzten Stellen weitere Arbeitsmöglichkeiten herbeiführen werden.

Annaburg. Lot aufgefunden. Seit dem 4. April wurde der hier ansässige Fleischermeister A. vermißt. A., welcher vorgab, am fraglichen Tage eine Geschäftsreise antreten zu müssen, zeigte nicht zurück. Die polizeilichen Ermittlungen konnten den Aufenthaltsort nicht feststellen. Jetzt ist selbiger in der Höhe von Schiffern gefunden worden. Was bei in guten wirtschaftlichen Verhältnissen lebenden A. in den Tod trieb, ist nicht geklärt.

Bitterfeld

Su neuem Kampf entschlossen

Die Maidemonstration der Arbeiter der Bitterfelder. Trotz des ungünstigen Witterungsstandes füllte sich die sozialdemokratische Arbeiterkraft nichts weniger als die Maidemonstrationen, die die Arbeiterkraft getrieben an ihrem Feiertag in vielen Orten des Reiches, so auch in Bitterfeld und Wittenberg, durchführte.

In Bitterfeld war es seit Jahren das erste Mal wieder, daß am 1. Mai von der Arbeiterkraft ein Unikum veranstaltet wurde. Die praktischen Einzelmaßnahmen der Maidemonstrationen mußten sich als nicht genügend erweisen. Jetzt hat die Eiter Fronte es wieder ergriffen, daß die Arbeiterkraft ihren Kampfswillen auch offen zur Schau bringen kann. Und so betonte sich denn gestern vormittag wieder ein impotentes Zug von Maidemonstranten durch die Straßen von Bitterfeld zum „Bürgergarten“. Hier hielt der Vorsitzende des Ortsausschusses des ADGB, Genosse Krause, eine kurze Ansprache, die in dem Selbstnis zum weiteren Kampf um die Rechte der Arbeiterkraft ausging. Weshalb veranstalteten wir die Sozialdemokratische Partei im „Bürgergarten“ seinen Besuch noch eine besondere Feier, bei der Reichstags Genosse Lohps (Halle) die Ansprache hielt.

Der Arbeiter noch nicht ermittelt

Die Bitterfelder Wochsache konnte bisher noch nicht aufgelöst werden. Der Freund der ermordeten Hulda Wollert, Theodor Czjzowski, der mit ihr zusammen im Hotel „Kaiser Wien“ wohnte, kommt nach den bisherigen Ermittlungen als Täter in Betracht, ist nicht in Frage.

Der Polizeibericht meldet in dieser Angelegenheit noch folgendes: Nach den bisherigen Feststellungen in der Wochsache ist es als feststehend anzunehmen, daß der Mord in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag in der Zeit zwischen 2 und 3 Uhr ausgeführt worden ist. Um 2.35 Uhr hat der Hund eines in der Nähe der Wochsache befindlichen gemauerten Hauses Leucht angezündet und ist in der Richtung nach der Wochsache aufgelaufen. Er ist aber von dem Wache zurückgehalten worden; trotzdem hat der Hund benutzend, wobei dieser in Verlegenheit war, eine längere Zeit, und zwar bis kurz nach 1 Uhr, mit einem Wanne, der eine Lederjacke trug und ein Fahrrad bei sich führte, auf einer Bank rechts vom Schwanenbrunnen am Großen Teich gesessen hat.

Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß der Mann, der mit dem Fahrrad um 1 Uhr auf der Bank gesessen worden ist, auch als Täter in Frage kommt. Er muß noch Verhör der Tat und nachdem er sich vom Tatort entfernt hatte, von jemand gefangen worden sein. Hierfür kamen besonders die Angler in Frage, die jeden Tag frühzeitig am Strandbogen ihrem Sport nachgehen. Trotzdem am Tatort die Fahndung der Polizei fehlte und es sich um einen Raubmord handeln kann, ist nicht ausgeschlossen, daß ein Sexualverbrechen vorliegt.

Personen, die in der fraglichen Nacht oder am frühen Morgen einen Mann, welcher eine Lederjacke trug, die noch nicht neu gewesen sein soll, und der ein Fahrrad bei sich geführt hat, gesehen haben, werden gebeten, ihre Beobachtungen der Kriminalpolizei in Bitterfeld mitzuteilen. Solche Mitteilungen nimmt auch jeder Sanitätsgenerale entgegen.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß beratige Mitteilungen auf Wunsch vertraulich behandelt werden.

Kreis Wittenberg

Zaripvertrag und Betriebsunfall

Wittenberg, den 2. Mai. Die mit feierlich berichteten, hatte der Arbeiter B., der bei der „Miffa“ beschäftigt ist, auf dem Wege zur Arbeit einen Unfall erlitten und verlangte auf Grund des Zaripvertrages für die Margarine- und Speiseeisindustrie die Zahlung einer Unfallentschädigung. Die Firma aber lehnte den Anspruch mit dem Einwand ab, daß es sich nicht um einen Betriebsunfall handle, von dem zum Zaripvertrag die Rede ist, sondern um einen außerhalb des Betriebes erlittenen Unfall. Das Landesarbeitsgericht Halle hatte jedoch den Anspruch des Arbeiters anerkannt, darauf hat die Firma Revision beim Reichsarbeitsgericht eingelegt. Das Reichsarbeitsgericht hat nunmehr ebenfalls den Anspruch des Arbeiters als berechtigt anerkannt und die Revision der Beklagten zurückgewiesen.

Verantwortlich für Inhalt, Redaktion, Werbung und Druck: Graf Pöppel, für politische und Redaktionsangelegenheiten: Graf Pöppel, für die Redaktion: Graf Pöppel, für den Druck: Graf Pöppel, für den Vertrieb: Graf Pöppel, für den Versand: Graf Pöppel.

Kreis Liebenwerda

Dringliche Sitzung der Stadtverordneten

Am Arbeitsbeschaffung für die Wohlfahrtsberuflosen

Wittenberg, den 2. Mai.

Zu einer dringlichen Sitzung war das Wittenberger Stadtparlament zusammenberufen worden. Es handelte sich, wie der Vorbericht mitteilte, um einen Antrag der Wohlfahrtsberuflosen zur Beschaffung von Arbeit zum ortsbündigen Zogeloh. Die Einberufung ist erfolgt, um dem Arbeitsnachweis Material zur Beratung zu geben, da, wie er in Erfahrung gebracht habe, von dieser Stelle eine Mitteilung erfolgt ist, die verleihe, jegliche Unterbringung zu versagen, da es jetzt Arbeit in der Landwirtschaft gäbe. Vorüber Hölzel sprach für den Antrag und hat um Anerkennung der Dringlichkeit. Diese Erklärung einstimmig. Im Sinne des erkrankten Abgeordneten wird Senator und Stadtrat B. die daran hin, daß

der Magistrat sich ausführlich schon mit Arbeitsbeschaffung befaßt habe. Infolge beschränkter Finanzen könne aber an größere Projekte nicht gedacht werden.

Die vom Vorbericht angelegte Zauberei der südlichen Anlagen glaube er im Namen des Magistrats bestimmen zu können. Der Magistrat schloß schließlich, eine Abraumabteilung in der südlichen Kiesgrube vorzunehmen, wodurch auch einige Wohlfahrtsberuflose Beschäftigung erzielten. Die Realisierung der Bergenergrube und Materialstelle sei in Erwägung gezogen, doch sehe der Antrag die Summe von 11 000 RM. vor, allein für Materialkosten 6 000 RM. Dem Magistrat sei jeder angemessene Vorschlag erwünscht. Senatoren B. und Stadtrat C. erklärten, eine Summe von 11 000 RM. sei zu bewilligen. Stadtrat C. habe meinte, wenn man diese

Summe nehme und die Unterbringung binaehme, könnte eine ganze Reihe Wohlfahrtsberufloser untergebracht werden. Stadtr. B. erklärte, an Stelle von Frauen in den Weibeschulturn Männer zu beschäftigen. Die weitere Ansprache etab die

allgemeine Anerkennung der Notlage.

Der Antrag Arbeitsbeschaffung wurde jedoch einstimmig angenommen, jedoch wird dem Magistrat die Ausführung der möglichen Arbeiten übertragen. Die beiden nächsten Abschnitte des Antrages, „Übernahme der Miete für Wohlfahrtsberuflose“ und „Betreuung erkrankter Hausbesitzer von den Gemeindefürsorgern“, wurden abgelehnt.

Summe verlas Vorbericht Hölzel ein Schreiben des Ausschusses der Schwimmanhalt, welcher den Antrag stellt, den Zuschuß von bisher 200 RM. auf 400 RM. zu erhöhen. Auf diesen entpinn sich eine längere Debatte. Die Firma Wulsther bedauert für Auf- und Abbau die Summe von 600 RM., welcher Betrag sofort nach Abnahme fällig wird. Im Vorjahre wurden bereits 620 RM. verlangt. Stadtr. B. fand den Betrag von 600 RM. reichlich hoch, da die Höhe um die Hälfte niedriger sein als im Vorjahr und die Materialkosten eine erhebliche Senkung erfahren haben. Es sei gegenüber dem Vorjahre nicht in Eintrag zu bringen. Es soll berichtigt werden, eine Ermäßigung zu erzielen. Aus diesem Grunde wurde der Magistrat ermächtigt, bis 400 RM. zu bewilligen.

Weiben oder juristisch werden. Dies kann von Regierungsanstellungen nicht gefordert werden, haben doch die Nazis auch in Grünmühle

Anderdenkende wiederholt mit Kräftigen bedroht.

Die Arbeiterkraft, welche jetzt nach das Kreisblatt liest, wird aus der schmerzlichen Berichterstattung gegen die SPD., welche schon längere Zeit enthält, endlich ihre Konsequenzen ziehen und überall für das „Vollstätt“ werben.

Am die Reinigung der Eiter

Der Bauhallenplan der Eitergenossenschaft Bz Liebenwerda. Die Eitergenossenschaft, die das gesamte Fluggebiet der Schwarzen Eiter in ihrem reorganisierter Zustand von Liebenwerda in Schichten bis zur Wundung in die Eiter bezieht, hielt in Bz Liebenwerda eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Zunächst wurde ein umfangreicher Bericht über die im letzten Jahr geleisteten Arbeiten vorgelesen. Die sind hinsichtlich geringer, als ursprünglich geplant war, da die Befreiung der Mittel eine Einschränkung erforderte. Die Ausführung verschiedener neuer Projekte für die der Bezeichnung von neuen Mitteln abhängig.

Nach der Wahl einiger neuer Aufsichtsratsmitglieder wurde der

Erdichtete Moritäten des Kreisblattes

Grünmühle. Mit besonderer Aufmerksamkeit berichtete das Kreisblatt über erdichtete Moritäten der Eitergenossenschaft in Grünmühle am Tage der Wahl und am Sonntag. Die erdichteten Moritäten sollen die Arien an den Nazis verleihe haben. Einmalen und einmalen knuppel löst fürderlich gearbeitet haben. Was ist wahr an diesem Gefähr? Zwei Reichsblattonen von outwärts, eine Nazi- und eine Sozialtonne, suchten sich gegenseitig bei ihrer Arbeit aufzufinden. Doch man herbei schließlich in dicht aneinander gedrängter, ist verändlich. Dem Lehrer C. von hier, welcher durch seine Nebenarbeiten, die er bei jeder Gelegenheit durchbringen zu müssen, sich die Achtung jedes ehrlich denkenden Arbeiters zugezogen hat, wurde von beiden Arbeitern

die von ihm selbst so oft angelegte Erziehungsmaßnahme angefangen.

Die SPD-Anhänger und Mitglieder der Eitergenossenschaft hatten gar nicht nötig, in dieser Streit sich einzumengen. Die SPD. und Eitergenossenschaft ist ein Selbstschutz und Disziplin gewohnt. Dies wird dadurch bewiesen, daß alle SPD. und Eitergenossenschaftsangehörigen in Grünmühle von der Polizei festgenommen wurden. Die meisten dieser Angehörigen der SPD. sind in die Gefängnisse eingeworfen worden. Die meisten dieser Angehörigen der SPD. sind in die Gefängnisse eingeworfen worden.

Die Unruhen in Palästina

Gewitter über Jerusalem

„Mord“ und „Rachemord“ — Panzerautos, Flugzeuggeschwader, schottische Patrouillen

Halla, Ende April. (Eigenbericht.) Die Flammen des gefährlichen Fanatismus, die zu den Augusttagen des Jahres 1929 in Palästina führten, sind noch nicht ganz erloschen. Es ist leichter ein Mision aufzulegen in den Beziehungen zwischen Juden und Arabern. Niedrige Spannung und Kampflust haben ihre Wurzeln in den oberen Schichten dieser Nationen gewoben, denn dort ist ihr wichtigster Nährboden. Das Volk hingegen kümmert sich herzlich wenig um die „höhere“ Politik und läßt sich ökonomische und private Beziehungen untereinander anzuheften. Und können nicht von Zeit zu Zeit die Defekte „von oben“ — die Misogynie wäre ein vieles reiner und erträglicher. Es ist, als hätte man an europäischen Beispielen gerade das Umgekehrte...

Diese Kampfsätze zwischen Kampf und Frieden, in der übrigens so mancher Stoffe geschaffen worden ist, währte bis kurz vor Beginn dieses Jahres. Die für Eltern von den Juden einverleibte „Maffabija“ — die amüsante Weltspiele der jüdischen Sportorganisationen — und die ebenfalls von Juden organisierte Besatzungsarmee in Tel Aviv lockten viele tausend Touristen, Sportler und Interessenten ins Land. Ausgehend aus der ganzen Welt trödelte herbei, und das Ganze trug das Gepräge einer mächtigen, imposanten Demonstration. Zwar haben der Wutsturm (der oberste geistliche Würdenträger der Kraber Palästina) und die anderen Führer die Beteiligung der arabischen Jugend an diesen Sportfesten verboten, dennoch nahmen sowohl Ägypten und Syrien als auch palästinensische Kraber an ihnen teil.

Aber kurz vor der Eröffnung dieser Sportspiele brach sich das Schicksal wie Gewitterwolken über den schmerzreichen Land zusammen. Eines Tages wurde nämlich in Jerusalem die Leiche eines jüdischen Touristen aus Amerika gefunden; Anzeichen eines riesigen Mordes waren erkennbar.

Der Leichnam war mit dem Gesicht zur Erde gefehrt, der Hals war bis zur Hälfte durchgeschnitten, und in der Nähe des blutüberkommenen Totortes wurde ein altes, stumpfes, verrostetes Rasiermesser gefunden. Die Nachricht von diesem bestialischen Mord verbreitete sich wie ein Lauffeuer durch das Land, und man sah in ihr nicht nur Unrecht die Verböten eines blutigen Kampfes zwischen Juden und Arabern. Die unter englischer Leitung lebende Polizei ist nicht viel, um die Gemüter zu beruhigen. Dem Verlangen verheerender Organisations, einen im Lande vertriebenen Sachverständigen für die Untersuchung der Mordtat zur Verfügung zu stellen, wurde nicht stattgegeben. Nun pläzt die zweite Bombe: Kurz nach der Entdeckung des jüdischen Opfers fand man fast an der gleichen Stelle und fast in der gleichen Lage einen ermordeten Araber. Auch er lag auf dem Gesicht, auch er schimmerte in einer Blutlache, auch ihm war die Kehle durchgeschnitten. Es schien kein Zweifel mehr möglich: diese Tat konnte nur die Antwort der Juden auf die arabische Tat sein.

Auf beiden Seiten lautete die Parole: Mord und Kampf. Auf beiden Seiten rechnete man mit dem Ausbruch von Unruhen. Aufgeputschter Fanatismus, Mißverständnis, falsch verstandener Nationalismus ludte noch seiner Entzündung. Das ganze Land befand sich in einer moralischen und physischen Alarmbereitschaft. Doch schienen die Polizei und das Militär diesmal besser vorbereitet zu sein als im Jahre 1929. Panzerautos rasten durchs Land, Flugzeuge mahnten die Kampflustigen, jüdische Soldaten, leichtbewehrt und bunt geteilt, patrouillierten durch alle Straßen. Und es ist nicht zu leugnen, daß viele Dinge unter solchen Umständen niemals ihre Wirkung verfehlen. So schienen die Kraber in der Offenheit als auch die Juden in der Defensivität, daß es

im Grunde nach eine dritte Macht gibt, die jetzt einfließen ist, unter allen Umständen durch energisches Eingreifen die Ruhe und Sicherheit zu wahren. Das nahm beiden Parteien ein groß Teil ihrer Mission auf, und so konnten die Sportspiele ohne nennenswerte Störungen vor sich gehen. Charakteristisch ist und bleibt, wie wenig Anteil die Kraber aus Ägypten und Syrien an diesen Angelegenheiten und all diesem politischen Gekwirr ihrer Brüder aus Palästina nehmen. Es kamen in großer Zahl herbei, beteiligten sich an den Wettkämpfen, einige von ihnen, so ein berühmter ägyptischer Schwimmer, errangen sich sogar Goldmedaillen. Und alles läßt sich in eine Eintracht.

Angewiesen sind Wochen vergangen. Die Maffabija ist längst zu Ende, die Besatzungsarmee löst sich allmählich auf, die Touristen, Pilger, Sportler kommen und gehen, eine ungewöhnliche Ruhe herrscht über das Land. Die Mordtaten sind aber und bleiben mäßig bis lange die Angelegenheit der zwei Völker.

Die Kommunikationen der Behörden sind langsam und meistens ungeschickt. Landbesitzer, Verleumdungen (schwirren im Lande herum. Aber allmählich löst sich der Nebel. Es scheinen nämlich bereits zwei sehr wichtige Dinge festzustehen. Erstens ist der amerikanische Jude keineswegs das Opfer eines brutalen Mordes. Vielmehr hat ihn herausgelockt, daß er Selbstmord beging. Auch sind die Kraber dieser Tat völlig im Dunkel. Doch läßt es sich unmöglich stellen, was noch diesen Leuten, gelunden, von feinerlei Melancholie befallenen Menschen in den Tod trieb. Andererseits ist zu gut möglich, daß der Araber zwar das Opfer eines Mordes ist, seine Mörder aber nicht in den Reihen fanatischer Juden zu suchen sind, sondern unter den arabischen Chauvineuren, deren Kumpan er gewesen war.

Unter dem Einfluß der Aufführung der Mordfälle ist wieder allgemeine Berührung eingetreten. Bald werden sich die Gemüter wieder über Palästina völlig beruhigen haben, und das Land wird leichter atmen können. L—y.

Fronde der Ministerialbürokratie

Bitten für Reichsbeamte. — Rund um Devaheim. — Wieviel kostet die Verforgung der Wehrmacht?

Der Haushaltsausfluß des Reichstags erörterte den Budgetbericht seines Rechnungsunterausschusses über den Haushalt des Reichsministeriums des Innern, des Reichsministeriums des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsministeriums der Verforgung und Ruhegehälter.

Der Berichterstatter, Abg. Helmig, berichtete eingehend darüber, daß es trotz aller zwingenden Beschlüsse des Haushaltsausschusses und des Reichstags die einzelnen Ministerien bisher nicht für nötig gehalten haben, die in den verschiedenen Haushaltsstellen vertriebenen Mittel für Arbeitslosenversicherung in einem Fonds im Etat des Reichsministeriums des Innern zusammenzufassen. Auch in der diesmaligen Sitzung des Haushaltsausschusses traten der Reihe nach die Referenten der verschiedenen Ministerien auf und verteidigten ihre besonderen Nationalisierungen, „Ersparnisse“. Man will für den Haushaltsplan 1932 die Beschlüsse des Reichstags auf die Art umsetzen, daß man bei jedem einzelnen Nationalisierungsmittel Verweisungen auf die übrigen Ausgaben als Erläuterung gibt. Außerdem hat man eine sogenannte Ministerialkommission geschaffen, in der alle an Nationalisierungsfragen beteiligten Referenten bis in die weiten Zusammenkünfte. Aber haushaltsmäßig löst keine Zusammenlegung aller Ausgaben für diese Zwecke erfolgen.

Der Berichterstatter hat seinen Zweifel darüber, daß diese Fronde der Ministerialbürokratie nicht abgebaut werden würde. Der Haushaltsausfluß ist sich mit großer Bestimmtheit dem Vorwurf des Rechnungsunterausschusses an, der den Reichsminister der Finanzen ersucht, die Zusammenlegung aller Nationalisierungsmittel in den dafür zuständigen Haushalt mit dem Haushaltsplan für 1932 vorzunehmen.

Bei der Prüfung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ergab sich folgendes:

Wo bleiben die Invalidengelder?

Für die Zwecke der Invalidenversicherung stehen als sogenannter Zuschlagsfonds aus den Jollmitteln jetzt jährlich 20 Millionen Mark zur Verfügung. Sie sollen an die Landesversicherungsanstalten verteilt werden.

Im Wirtschaftsjahr hat sich aber das Arbeitsministerium angedacht, von jenen 20 Millionen Mark 8 Millionen Mark zurückzubehalten und damit selbstständig folgende Institutionen zu unterstützen, bei denen man es für richtig hält. Wie der Berichterstatter nachweist, hat das dazu geführt, daß daraus eine Art Sammelkette geworden ist, aus dem alle möglichen Institutionen ihre Sonderbewilligungen schöpfen, ohne daß damit eine gerechte Verteilung dieser Mittel gewährleistet wird. Hier wird bei der Beratung des nächsten Haushaltsplans eine grundsätzliche Veränderung eintreten.

Teure Beamtenwohnungen. — Bitten für Reichsbeamte

Für den Beamtenwohnungsbau ist in den jüngst vergangenen Jahren außerordentlich viel vom Deutschen Reich geleistet worden. Der Fonds zur Förderung des Baues von Beamtenwohnungen hat seit Ablauf der Infation rund 85 Millionen Goldmark an Mitteln erhalten. Der Bericht des Rechnungsunterausschusses stellt fest, daß für dieses Geld meist Beamtenwohnungen gebaut worden sind, die in der Mitte möglichst niedrig gehalten wurden, aber zugleich den zur Verfügung gestellten Wohnraum möglichst geräumig machten. Die Gegenwart zeigt, daß dabei nicht nur eine unzureichende Verjüngung der Reichsmittel sich ergeben hat, sondern daß darüber hinaus auch den Beamten gar kein Gefallen getan werden ist. Bei den kleinsten Wohnungen ist die Miete so teuer, daß sie nach dem Gehaltsabbaubau den Beamten außerordentlich belastet und bei den größten Wohnungen bringt auch eine Erleichterung durch Mietbau keine Wirtschaftlichkeit für den Benutzer zustande.

In einzelnen Fällen ist man dabei so weit gegangen, daß für hohe Reichsbeamte mit einem Aufwand bis zu 70 000 Mark ganze Villen gebaut wurden.

Der Mietertrag aus solchen Häusern steht in keinem Verhältnis zu den aufgewendeten Mitteln.

Der Gehaltsatz einer Wohlfahrtsorganisation

Das Arbeitsministerium untersucht auch alljährlich die großen Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege mit ganz erheblichen Beträgen. Die Tarifsysteme zeigen man braucht nur an den Bescheid „Standort zu denken —, daß dabei die hingegebenen Mittel nicht immer ordnungsgemäß verwaltet werden.

Das Arbeitsministerium weiß in vielen Fällen nicht einmal, in welchem Umfang die großen Verbände der freien Wohlfahrtspflege neben den Reichsmitteln auch noch über sonstige Einnahmen verfügen.

Auch hier muß eine grundsätzliche Veränderung eintreten. Bei der Erörterung des Haushaltsplans 1932 hat die Reichsregierung eine Wohlfahrtsorganisation Deutschlands G. m. b. H. stellt der Berichterstatter fest, daß der Gehaltsatz über 140 000 Mark der Einnahmen beanprucht habe.

Was kostet die Verforgung der Wehrmacht?

Beim Haushalt für Verforgung und Ruhegehälter wurde im wieder darauf hingewiesen, daß bis vor kurzen nicht festgelegt werden konnte, welche Kosten die Verforgung der neuen Wehrmacht beanspruchen. Die ersten Schätzungen waren viel zu niedrig, da die Verforgung (Verpflegung, Hinterlebenen etc.) der alten und der neuen Wehrmacht im Haushaltsplan gemeinsam ausgewiesen wurden. Die Trennung der Verforgungsausgaben für die alte und für die neue Wehrmacht hat ergeben, daß die neue Wehrmacht viel größere Verforgungskosten beansprucht, als bisher geschätzt wurde. Alle Voranschläge waren ganz erheblich zu niedrig. Auch in der Haushaltsrechnung 1931 wird es bei dem Kapitel „Verforgung der neuen Wehrmacht“ wohl noch zahlenmäßige Überprüfungen geben.

Millionenschlebung

Unter dem Verdacht des unbefugten Devisenhandels wurden in Berlin mehrere Personen festgenommen und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Die beschuldigten Deutschen haben nach den bisherigen Ermittlungen international bezogene Wertpapiere in Höhe von etwa drei Millionen Mark aus dem Ausland nach Deutschland gebracht, hier verkauft und den Erlös wieder ins Ausland geschmuggelt. Die Verurteilung wurde auf Grund gefälschter oder gefälschter Legitimationen vorgenommen. So wurden von den Schöheren Namen von Persönlichkeiten mißbraucht (u. a. der eines bekannten norddeutschen Schriftstellers), die überhaupt niemals Papiere auf den Markt gebracht haben. Das Haupt der Bande — vermutlich ein im Ausland noch arbeitender Finanzmann, der in Deutschland keine Agenten arbeiten läßt — konnte noch nicht ermittelt werden.

Abgelehnt ...

Das Reichsgericht hat außer der Aufzählung der allen rückgestellten Landemärkte auch die Schuldverhältnisse abgelehnt, die die „Reichsbahnkäufer“ gegen das Reich angelehnt hatten. Nach der Ansicht der abgemessenen Richter hätte das Reich die Entwertung der rotgeprägten Landemärkte durch die Reichsbank nicht dulden dürfen.

Die Unterjochung von Südens Gehirnen

Wie der Antitige Bräutigam Professor mitteilt, hat die Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie bei dem Kaiser-Wilhelm-Institut in München, der das Gehirn des am 2. Juli 1931 in Köln hingerichteten Peter Kürten zur wissenschaftlichen Verwertung überwiesen worden war, nach dem Abfluß der Unterjochung mitgeteilt, die Unterjochung habe in allen Teilen des Gehirns normale Verhältnisse ergeben. Es fehlten jedoch Anhaltspunkte für das Vorliegen irgendeines Krankeitsprozesses. Ebenso fehlte sich nicht der geringste Verdacht für irgendeine anatomische Störung, die etwa auf eine angeborene oder erworbene Geisteskrankheit hinweisen konnte.

Das anatomisch-biologische Institut der Universität Berlin hat hierzu mitgeteilt, daß das Ergebnis der von ihm vorgenommenen Unterjochung mit diesem Befund übereinstimmt.

Der Feuerungsindex

Ganz geringer Rückgang

Der Feuerungsindex hat sich im Monat April weiter geholt. Das Statistische Reichsam gibt über die Entwicklung des Index im April 1932 folgende Übersicht: Die Reichsleistung für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „Sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsam für den Durchschnitt des Monats April 1932 auf 121,7 gegenüber 122,4 im Vormonat; der Rückgang beträgt somit 0,6 Proz. An dem Rückgang sind sämtliche Bedarfsgruppen beteiligt. Es sind zurückgegangen die Indizes für Ernährung um 0,9 Proz. auf 113,4, für Wohnung um 0,1 auf 121,4, für Heizung und Beleuchtung um 0,5 auf 135,9, für Bekleidung um 0,7 auf 118,3 und für „Sonstiger Bedarf“ um 0,1 auf 166,8.

Gefängnis für Berliner Kommunisten

Landfriedensbruch durch Feuerbefall

Vom Schwurgericht des Berliner Landgerichts II wurde am Samstag in einem Prozeß gegen 30 Kommunisten ein manglig Kommunisten nach wochenlangem Verhandlung das Urteil gesprochen. 12 Angeklagte wurden wegen schweren und einfachen Landfriedensbruchs zu Gefängnisstrafen von 18 bis 3 Monaten verurteilt, gegen 10 Angeklagte wurde mangels Beweises auf Freispruch erkannt.

Gegenstand der Anklage war ein im Oktober vorigen Jahres verübter Feuerbefall auf ein nationalsozialistisches Vertriebsbüro in der Richardstraße, dem der Nazigauftrotz zum Opfer gefallen war.

Der Gestank in der Nazi-Partei

Diese „Reinigung“ wird nie beendet werden

Frankfurt a. M., 30. April. (Eigenbericht.) Der Ständartenführer der heftigen Nazis Döring ist wegen Spitzelberedung vom Dienst „beurlaubt“ worden. Der bisherige Gauleiter Reng wurde durch die Reichsleitung der NSDAP, gemeldet. Reng wird höchste Führung nachfolgt. Er soll sich nicht wiedergehende Schweinefleisch erlaubt haben, so daß die Chauveure sich weigerten, ihn länger zu fahren. In seinem Zulo soll er Organe geizert haben. Das Hlfa-Verfahren gegen Reng ist bereits eingeleitet. Der ehemalige Ständartenführer der Ständarte 115, Dornick, ein Mark von Rober, wurde wegen Unterjochung von 600 Mark aus der Nazipartei ausgeschlossen. Er soll, ebenso wie der Gauleiter Reng, sehr flott gelebt haben.

Neger widersteht sich seiner Hinrichtung

Nach langem Kampf um elektrischen Stuhl erschießt

New York, 30. April. (Eigenbericht.) In Edinville im Staate Kentucky sollte ein Neger, der 1929 hängen sollte, am Ende zum Tode durch den elektrischen Stuhl geurteilt werden war, zur Hinrichtung abgeführt werden. Als die Wärter bei ihm erschienen, lehnte er ihnen zunächst einen Einzug mit heftigem Wutausbruch und ließte dann nach zwei Stunden lang verzweifelten Widerstand, wobei er sich eines Eisenrohrs bediente, das er von der Wafflerleitung losgerissen hatte. Er konnte erst übermüdet und zur Hinrichtung gelehrt werden, nachdem die Wärter von Tränengasbomben Gebrauch gemacht hatten.

Börsen, Märkte und Handel

Berliner Getreidebörse vom 30. April

Die feste Stimmung, die am Samstag an der Berliner Getreidebörse herrschte, wurde insbesondere dem Weizenmarkt. Die neuen Bestimmungen der Reichsregierung über die Einfuhrregelung haben enttäuscht. Man hatte im allgemeinen die Fregade eines größeren Reingewinns erwartet. Die Fregade selbst die Weizenvermehrung konnte nach Anlaufschwierigkeiten, und das hat nun wieder bewiesen, wurde etwa 2 Mark höhere Preise erzielt. Auch am Weizenmarkt der Getreidebörse konnten die weiteren Gekaufte um 2 bis 3 Mark gewinnen, während Weizenvermehrung nur eine Mark höher notiert wurde. Roggen zeigte nur wenig Bewegung.

	30 April	30 April
	(ab marktliche Relation in Mark)	
Weizen	297—301	299—301
Roggen	186—190	188—190
Gerste	180—184	181—184
Hafer	170—188	171—186
Getreide- und Anbaulieferanten	180—186	181—186
Stroh	180—186	181—186
Stroh	22,25—28,00	22,50—28,25
Stroh	28,25—27,50	28,00—27,00
Stroh	11,75—12,00	11,90—12,00
Stroh	10,75—11,00	10,80—11,00
Stroh	10,75—11,00	10,80—11,00

Statistische Reichsam, Berlin, 30. April 1932 (Berliner 777,5). Bull. 284 (281), September 227 (226), Roggen 304 193 (183), Bull. 1282 (—), Export 1925 (150), Weizen 170,5 (170,5), Bull. 177,5 (176).

